

Benjamin-Immanuel Hoff  
Horst Kahrs  
Andreas Stahl

www.benjamin-hoff.de  
www.horstkahrs.de, kahrs@roalux.de  
Andreas.stahl@rosalux.de

## **Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlnachtbericht und erste Analyse**

- Ausgewählte Abschnitte -

### **Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Zusammenfassung der Wahlergebnisse und erste Bewertung .....</b>	<b>2</b>
1. Ergebnisse im Überblick .....	2
2. Ausblick auf die Koalitionsbildung in den drei Ländern.....	6
<b>III. Erste Analyse der Wahlergebnisse .....</b>	<b>8</b>
1. Das Wahlergebnis im Spiegel der Vorwahlen .....	8
2. Erkenntnisse der Wahltags-/Nachwahlbefragungen .....	11
2.1. Wanderungsbilanzen.....	11
2.2. Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses.....	15
<b>IV. Ausgewählte Aspekte der Wahlergebnisse .....</b>	<b>20</b>
1. Die AfD nach den Landtagswahlen vom 03. März 2016.....	20
2. Der Einfluss der Flüchtlingspolitik auf das Ergebnis der Landtagswahlen .....	28

# I. Zusammenfassung der Wahlergebnisse und erste Bewertung

## 1. Ergebnisse im Überblick

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahlen am 13.03.2016								
Baden-Württemberg								
	Wahlbeteilig.	Grüne	CDU	SPD	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
Stimmenanteile in %								
2016	70,4	30,3	27,0	12,7	8,3	2,9	15,1	3,7
2011	66,2	24,2	39,0	23,1	5,3	2,8	-	5,6
Differenz	4,2	6,1	-12,0	-10,4	3	0,1	15,1	-1,9
Sitze								
2016	143	47	42	19	12	-	23	-
2011	138	36	60	35	7	-	-	-
Differenz	5	11	-18	-16	5	-	23	-
Rheinland-Pfalz								
	Wahlbeteilig.	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere
Zweitstimmen in %								
2016	70,4	36,2	31,8	5,3	6,2	2,8	12,6	5,1
2011	61,8	35,7	35,2	15,4	4,2	3,0	-	6,4
Differenz	8,6	0,5	-3,4	-10,1	2	-0,2	12,6	-1,3
Sitze								
2016	101	39	35	6	7	-	14	-
2011	101	42	41	18	-	-	-	-
Differenz	0	-3	-6	-12	7	-	14	-
Sachsen-Anhalt								
	Wahlbeteilig.	CDU	LINKE	SPD	Grüne	FDP	AfD	Andere
Zweitstimmen in %								
2016	61,1	29,8	16,3	10,6	5,2	4,9	24,2	9,0
2011	51,2	32,5	23,6	21,5	7,1	3,8	-	11,5
Differenz	9,9	-2,7	-7,3	-10,9	-1,9	1,1	24,2	-2,5
Sitze								
2016	87	30	17	11	5	-	24	-
2011	105	41	29	26	9	-	-	-
Differenz	-18	-11	-12	-15	-4	-	24	-
Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung								

Die Landtagswahlen am 13. März 2016 waren die ersten Wahlen in Flächenländern seit der Europa-Wahl 2014 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen. Mit knapp 13 Millionen Wahlberechtigten war ein gutes Fünftel aller Wahlberechtigten Deutschlands zur Stimmabgabe aufgerufen. Die Wahlen 2014 mit ihren Erfolgen der „Alternative für Deutschland“ waren bereits von den Themen Zuwanderung und Flucht beeinflusst.

Die aktuellen Wahlen standen stark unter diesem bundespolitischen Thema. Insofern waren die bundespolitischen Erwartungen an die Ergebnisse hoch. Hinweise auf Zustimmung und Ablehnung für den Kurs der Bundesregierung wurden ebenso erwartet wie auf eine Neuordnung der Parteienlandschaft. Von den Wahlen in den beiden südwestdeutschen Flächenländern wurden Hinweise auf die weiteren Erfolgsaussichten der AfD einerseits und Wahlkampfstrategien für die Bundestagswahl 2017 andererseits erwartet.

Grundsätzlich kann festgehalten werden: Die Mehrzahl der vergangenen Landtagswahlen bestätigte rot-grüne Landesregierungen. Bei diesen Landtagswahlen wurden rot-grüne Landesregierungen zweimal abgewählt, in dem jeweils der kleinere Koalitionspartner stark ver-

lor. Auch in Sachsen-Anhalt halbierte sich das Ergebnis für die SPD und sanken die Grünen ab. Für Arithmetiker von Mitte-Links- oder Mitte-Rechts-Konstellationen ist bei diesen Landtagswahlen kein Honig zu saugen.

Die **Wahlbeteiligung** ist nicht zuletzt dank der Dominanz der bundespolitischen Auseinandersetzungen um Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik und der damit verbundenen Polarisierung in der Gesellschaft gestiegen, was bei rein landespolitisch geprägten Wahlkämpfen vermutlich nicht eingetreten wäre. Vorteile brachte die gestiegene Wahlbeteiligung für verschiedene Parteien.

**Alle drei** Regierungskoalitionen wurden abgewählt, wobei die Ministerpräsidentin und die Ministerpräsidenten – in unterschiedlicher Qualität – bestätigt wurden. Gewollt wird ein „kleiner“ Regierungswechsel, der aber schwer zu machen sein wird. Die Landtagswahlen haben das Parteiensystem auf Landesebene erneut verändert. Es sind neue Viel-Parteien-Parlamente entstanden.

Unter diesen Bedingungen erfordert die Regierungsbildung bisher nicht gekannte Konstellationen, da in zwei Ländern die bisherige „Notlösung“ einer Koalition aus CDU und SPD, die „große“ Koalition, über keine Mehrheit mehr verfügen würde.

Zu beobachten ist auch eine gesteigerte Personalisierung: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, den beiden benachbarten Ländern, ziehen der Amtsinhaber und die Amtsinhaberin ihre jeweiligen Parteien nach oben, während eben diese Parteien, SPD und Grüne, in dem jeweils anderen Land zweistellige Verluste einfahren.

Zudem legen mit Winfried Kretschmann und Malu Dreier zwei Personen stark bzw. leicht zu, die die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ausdrücklich unterstützten. Gleichzeitig verloren alle drei CDU-Spitzen, die sich mehr oder weniger deutlich vom Kurs der Kanzlerin abzusetzen versuchten.

Generell scheint keine der im Bundestag vertretenen Partei hinzugewonnen zu haben, in denen prominente Vertreter/-innen der Partei in der Flüchtlingspolitik mehr oder weniger demonstrativ Positionen mit Ähnlichkeit zur AfD bezogen haben. Dieser Aussage wird auch durch den baden-württembergischen Lokalkonflikt um die Aussagen des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer nicht widersprochen. Hier überstrahlte die Popularität des grünen Ministerpräsidenten. Signale in unterschiedliche Richtungen in einer die gesellschaftliche Stimmung stark polarisierenden Frage wurden nicht honoriert.

Die **AfD** zählt zu den großen Gewinnern des Wahlabends und ist nunmehr in der Hälfte der Landtage vertreten. Sie ist in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nun die drittstärkste parlamentarische Kraft. In Sachsen-Anhalt stellt sie zukünftig die zweitstärkste Fraktion. Die Furcht vor der Ausbreitung des Islam und vor durch weitere Flüchtlingszuwanderung wachsende Kriminalität bilden die hauptsächlichen Unterschiede. Die AfD bezog im Wahlkampf eine von den Bundestagsparteien klar unterschiedene Position, die Alexander Gauland am Wahlabend wiederholte: „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen.“ (ARD, 13.03.2016, 18:27) Dieses Alleinstellungsmerkmal machte sicherlich einen Teil des Wahlerfolges aus. Ein anderer Teil erklärt sich durch ihre Attraktivität für alle Protestwähler: Wer AfD wählte, konnte sich sicher sein, alle anderen Parteien mächtig zu ärgern und zu Reaktionen zu zwingen. Die AfD repräsentiert eine bedeutsame gesellschaftspolitische Minderheit und wurzelt in einer traditionsorientierten, wertkonservativen Grundströmung der Gesellschaft, die politisch heimatlos geworden ist. Insofern sind mit dem Wahlabend ihre Chancen gestiegen, sich auch nach Abklingen der Protestpartiefunktion im Parteiensystem als 6-12%-Partei zu behaupten. Überdurchschnittlich stark schnitt sie unter männlichen und unter 45jährigen Wählern, unter Haupt- und Realschülern, Arbeitern und Arbeitslosen ab. Hier wurde sie teilweise sogar stärkste Partei.

Die **Grünen** sind in Baden-Württemberg erstmals stärkste Kraft geworden. Sie können im Ländle rund ein Drittel der Wählenden binden. In den beiden anderen Ländern schaffen sie den Einzug in die Parlamente nur knapp.

In Rheinland-Pfalz verlieren sie als kleinerer Koalitionspartner 10,1% und werden – sofern es nicht zur Bildung einer Ampel-Koalition kommen würde, nicht mehr in der Landesregierung vertreten sein.

Obwohl die Partei in Sachsen-Anhalt rund 2% verliert und nur knapp im Landtag vertreten ist, ist der erstmalige Wiedereintritt der grünen Partei in die Landesregierung seit der rot-grünen Minderheitsregierung 1994 bis 1998 im Rahmen einer sogenannten Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht unwahrscheinlich. Die grüne Spitzenkandidatin hat die Forderung nach zwei grünen Ministerien bereits am Wahlabend aufgestellt. Es ist anzunehmen, dass CDU und SPD nicht nur diesen Preis zahlen werden, um auf diesem Wege weiter regieren zu können.

Die **CDU** hat in den drei Ländern verloren. In Baden-Württemberg 12,0%, in Rheinland-Pfalz 3,4% und in Sachsen-Anhalt 2,7%. Seit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin in Folge der Bundestagswahl 2005 hat die CDU bei den 33 Landtagswahlen 2006-2015 außerhalb von Bayern nur neunmal prozentual zugelegt (Durchschnitt +1,5%), aber 24 Mal verloren (Durchschnitt -5,3%).

Die Hoffnung, durch Wahlsiege von Julia Klöckner und Guido Wolf zusätzliche Machtpositionen erobern und so die innerparteilichen Auseinandersetzungen beruhigen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die Kämpfe um den „richtigen“ Kurs in der Union werden im Vorfeld der Bundestagswahlen zunehmen. Die Kanzlerin wird weiterhin unter erheblichem Druck stehen.

Die **SPD** muss erneut historische Verluste hinnehmen. Sie fällt in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt auf den jeweils niedrigsten Wert seit Bestehen der beiden Bundesländer. Erstmals ist die SPD in vier der 16 Bundesländer unter die 20%-Marke gefallen und erreicht dort jeweils weniger als 15% (Sachsen: 12,4%, Thüringen: 12,4%, Sachsen-Anhalt: 10,5%, Baden-Württemberg: 12,7%).

Die SPD wird sich verstärkt nicht nur der Frage gegenüber sehen, wie sie aus dem vielzitierten „25%-Ghetto“ herauskommen will, sondern sich auch die Frage gefallen lassen müssen, ob sie überhaupt noch „Volkspartei“ ist. Tatsächlich hat sich die Erosion sozialdemokratischer Wählerinnen- und Wählermilieus rapide fortgesetzt. Es zeigt sich, dass die Bindung schon länger nicht mehr über Geschichte, Programmatik und daraus gespeistem Image hergestellt werden kann, sondern allenfalls über Personen.

**DIE LINKE** hat ihre Wahlziele nicht erreicht. Sie verfehlt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Einzug in die Landtage deutlich. Allerdings gewinnt sie in einigen Städten Baden-Württembergs deutlich hinzu, z.B. in Freiburg von 4,6% auf 8,4%. Über 5% erreicht sie auch in Heidelberg, Stuttgart und Tübingen – kleine Achtungserfolge in einem Bundesland, dessen Wahlkreisfarben nun schwarz und grün mit zwei blauen AfD-Einsprengseln in Pforzheim und Mannheim sind.

Mit der Haltung für offene Grenzen für Menschen in Not und gegen Rassismus traten alle ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten hervor, doch öffentlichkeitswirksam wurden aus Partei und Bundestagsfraktion auch andere Positionen vertreten. Die klassischen sozialen Themen spielten in diesem Wahlkampf nur in Gestalt von Etablierten-Vorbehalten gegenüber Fremden eine Rolle.

In Sachsen-Anhalt verliert die Linkspartei stark und fällt unter das Niveau von 1994. Sie ist damit so schwach wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr. Darüber hinaus verliert sie mit einem Drittel ihrer Stimmenanteile auch den Status als Oppositionsführerin an die AfD, hinter der sie mit Abstand drittstärkste Kraft wird. Die Landtagsfraktion reduziert sich um rund 10

Da auch SPD und Grüne Stimmenanteile verlieren, kann der angestrebte Regierungswechsel nicht erreicht werden. Rot-rote oder Rot-rot-grüne Regierungsmehrheiten sind mit diesen

Landtagswahlen stärker noch in die politische Ferne gerückt. Denn in allen drei Ländern haben die Parteien links von der Union verloren und ist populistische Politik, die sowohl gegen „die Eliten“ wie gegen „die Fremden“ mobilisiert, erstarkt. Das stellt die Partei vor neue strategische Aufgaben. Neben der sächsischen Linkspartei ist nun auch der Landesverband Sachsen-Anhalt der zweite ostdeutsche Landesverband der Partei ohne greifbare Regierungsoption.

Hinzu kommt als ostdeutsche Besonderheit, dass die Partei neben Sachsen nun auch in Sachsen-Anhalt deutlich unter die 20%-Marke gefallen ist. Sie kann dadurch maßgebliche Stimmungen in den ostdeutschen Flächenländern nicht mehr in gewohnter Weise abbilden und auffangen.

Verstimmung und Verbitterung gegen „die Politik“ und das Establishment treffen auch die LINKE. Das Gefühl, vom gesellschaftlichen Wandel nicht profitieren zu können, vom Wohlstandszuwachs abgehängt worden zu sein und sich mit nur prekärem Wohlstand durch einen Alltag kämpfen zu müssen, der von Schrumpfungserfahrungen geprägt ist, hat die Partei nicht politisch repräsentieren können wie in den 1990er Jahren, als die PDS eine ostdeutsche Entwertungserfahrung in „ostdeutsche Identität“ und Selbstbewusstsein transformieren konnte.

Kurzum: Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt hatte im Wahlkampf kein Strategie- oder Persönlichkeitsproblem, sondern ist konfrontiert mit

generell absinkender Mobilisierungsfähigkeit der Partei in Ostdeutschland

bundespolitischen Rahmenbedingungen, die mit dominierender CDU, ohne Wechselstimmung einerseits sowie konfrontiert mit einer erfolgreichen rechtspopulistischen Protestpartei, der AfD, andererseits ein Wachstum bei Wahlen äußerst erschweren.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass noch bis weit in den Herbst des vergangenen Jahres die Option eines Regierungswechsels zu rot-rot(-grün) mit den Händen zu greifen war. Anders als in Sachsen verfügt die Partei mit Oberbürgermeister/-innen, Landrät/-innen etc. über eine Verankerung im Land, die den seit 1990 weniger betonierten politischen Verhältnissen als in Sachsen geschuldet ist. Für die Landespartei stellt sich die Frage, wer in den künftig rauen politischen Verhältnissen im Landtag, die linke, demokratische Opposition zur ersten Schwarz-Rot-Grünen Koalition in Deutschland und in Auseinandersetzung zur rechtspopulistischen AfD wahrnehmbar repräsentieren wird. Wulf Gallert konnte nicht gewinnen. Verloren hat an diesem Wahlsonntag die gesamte Linkspartei – in allen drei Ländern.

Die **FDP** kann in allen drei Ländern im Vergleich zu 2011 zulegen. Im liberalen Stammland Baden-Württemberg erzielt sie 8,3%, in Rheinland-Pfalz 6,2%. In Sachsen-Anhalt verfehlt die Partei den Wiedereinzug in den Landtag knapp, steigert sich jedoch um 1,1% auf 4,9%. Die Liberalen haben bei den zwei Landtagswahlen des vergangenen Jahres (Hamburg +0,7%, Bremen +4,2%) und in diesen drei Landtagswahlen zugelegt. Sie sind nunmehr wieder in sechs Landtagen (BW, HB, HH, NW, RLP, SH) vertreten. Mit der FDP ist bei den nächsten Bundestagswahl wieder zu rechnen, zumal wenn sie die offenen Fragen der Koalitionsbildung in den drei Ländern für sich als „Liberale Partei der Mitte“ zu nutzen weiß.

## 2. Ausblick auf die Koalitionsbildung in den drei Ländern

Ob eine Wahl zu einem Regierungswechsel führt und wie groß dieser exekutive Wandel ausfällt, ist von mehreren Faktoren abhängig. Die Erhebung der „Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Regierung“ hat sich in Verbindung mit der Wahlbeteiligung als ein einigermaßen zuverlässiger Indikator dafür erwiesen, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht. Je geringer die Zufriedenheit mit der Landesregierung, umso höher die Wahrscheinlichkeit eines Regierungswechsels. Wobei die Wirksamkeit einer Wechselstimmung ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung abhängt, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Gleichzeitig können externe Ereignisse, wie die Wahl neuer Parteien in das Parlament oder deutliche Verluste einer Partei bis zum Scheitern an der Sperrklausel trotz bestehender Wechselstimmung dazu beitragen, die bestehende Regierung zu stabilisieren, weil ein Wechsel unmöglich wird bzw. einen Regierungswechsel zu erzwingen, weil die amtierende Regierung trotz guter Zustimmung keine Mehrheit mehr aufweist. Desweiteren können Parteien an sich selbst scheitern und trotz Bereitschaft zur Zusammenarbeit kein mehrheitsfähiges Bündnis bilden, wofür die Nichtwahl von Heide Simonis im Jahre 2005 bzw. die gescheiterte rot-grün-rote Regierungsbildung in Hessen im Jahre 2008 sinnbildlich stehen.

Differenziert werden kann hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.

Grundsätzlich ist in beiden westdeutschen Ländern eine Große Koalition jenseits der AfD denkbar – also ein Bündnis aus den beiden stärksten Landtagsfraktionen. In Sachsen-Anhalt ist aufgrund der Stärke der AfD und der koalitionspolitischen Unvereinbarkeit von CDU und Linkspartei eine Drei-Parteien-Koalition unumgänglich. Das Bündnis aus CDU und LINKE führen wir als „italienisches Modell“ im Hinblick auf den sogenannten Historischen Kompromiss der früheren KP Italiens mit der christdemokratischen Partei Italiens zwar auf – jedoch eher nachrichtlich.

Aufgrund der koalitionspolitisch eingeschränkten Mobilität in Sachsen-Anhalt kommt dort nur eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen in Frage. Dieses Modell der lagerübergreifenden Kenia-Koalition entspringt allein der Zwangsläufigkeit einer Regierungsbildung jenseits der AfD, kann aufgrund dessen jedoch eine nicht unerhebliche Stabilität vermuten lassen, da keiner der Partner eine alternative Koalitionsmöglichkeit hat, solange die AfD für die CDU als nicht koalitionsfähig angesehen wird. Davon ist für Sachsen-Anhalt auszugehen.

**Tabelle: Koalitionsoptionen nach den Landtagswahlen vom 13.03.2016**

Baden-Württemberg						
Koalitionsoption	Sitze (143)	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Grün-Schwarz	89	47	42	-	-	-
Grüne Ampel	78	47	-	19	12	-
Deutschland-Koalition	73	-	42	19	12	
Rheinland-Pfalz						
Koalitionsoption	Sitze (101)	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Große Koalition	74	39	35	-	-	-
Ampel-Koalition	52	39	-	6	7	-
Sachsen-Anhalt						
Koalitionsoption	Sitze (87)	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD
Kenia-Koalition	46	30	-	11	5	-
Italienische Koalition	47	30	17	-	-	-
CDU-AfD-Koalition	54	30	-	-	-	24
Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung						

In Baden-Württemberg wird die CDU versuchen, um der Gefahr einer Juniorpartnerschaft mit den Grünen zu entgehen, eine sogenannte Deutschland-Koalition zu bilden. Inwieweit dies gelingt, wird wesentlich auch davon abhängen, ob die SPD bereit ist, ein solches Bündnis zu bilden, während die FDP, die im Ländle eher der Union zuneigt, den Preis einer grünen Ampel versuchen könnte so hoch zu treiben, dass eine Regierungsbildung unter Führung von Winfried Kretschmann verunmöglicht wird. Letztlich wird sich entscheiden, ob die Tatsache, dass die CDU die Wahl eindeutig verloren hat, eine solch normative Wirkung entfaltet, dass sich dem weder SPD, FDP oder die Union als Juniorpartner der Grünen entziehen können.

Demgegenüber stellt sich die Koalitionsbildung in Rheinland-Pfalz vergleichsweise überschaubar dar. Die SPD kann hier zwischen einer Großen Koalition mit der CDU wählen oder einem Bündnis mit Grünen und FDP. Es ist anzunehmen, dass die Grünen diese Option befürworten würden, auch wenn Bündnisse zwischen Grünen und der FDP traditionell schwierig sind. Die FDP selbst hat noch vergleichsweise junge Regierungserfahrungen mit der SPD und könnte insoweit für ein Bündnis mit der SPD aufgeschlossen sein – denn von einer Großen Koalition muss sie selbst als Oppositionspartei zwischen Grünen und AfD nicht zwangsläufig profitieren, zumal die Anhänger/-innen der Liberalen die Opposition gemeinhin weniger schätzen, als die Beteiligung an einer Regierung.

### III. Erste Analyse der Wahlergebnisse

#### 1. Das Wahlergebnis im Spiegel der Vorwahlen

In Baden-Württemberg fällt die Union noch unter den bisherigen Tiefstand bei der Europawahl 2014, als sie nur noch jeden fünften Wahlberechtigten erreichte. Jetzt erreichte bei einem Verlust von rund 100.000 Stimmen 27% der Stimmen und 18,8% der Wahlberechtigten. Der Niedergang der SPD liegt im Trend der vorhergehenden Wahlen, während der Wahlsieg der Grünen allein auf den Spitzenkandidaten und seine Formung der Landespartei zurückzuführen ist. Die Verankerung der Partei bei den Wahlberechtigten war zuvor eher rückläufig. Die Grünen vertreten jetzt fast jede dritte abgegebene Stimme und jeden fünften Wahlberechtigten. Die AfD erreicht jeden zehnten Wahlberechtigten, die Linke weiß jeden 50. hinter sich.

Die beiden ehemaligen Volksparteien CDU und SPD repräsentieren noch knapp 40% der Stimmen. Sie können nicht mehr gemeinsam regieren. Gemessen an allen Wahlberechtigten vertreten sie 27,6% - ein deutlicher Rückgang gegenüber allen vorherigen Wahlen

<b>BW: Parteistimmen bei den letzten Wahlen</b>				
	LTW11	BTW13	EPW14	LTW16
CDU	1.943.912	2.576.606	1.542.244	1.447.249
SPD	1.152.594	1.160.424	902.720	679.872
FDP	262.784	348.317	161.669	445.430
GRÜNE	1.206.182	623.294	517.842	1.622.631
LINKE	139.700	272.456	142.360	156.211
AfD	0	295.988	309.500	809.311
Sonstige	278.547	364.934	349.439	199.647
Anteile an den gültigen Stimmen				
CDU	39,0%	45,7%	39,3%	27,0%
SPD	23,1%	20,6%	23,0%	12,7%
FDP	5,3%	6,2%	4,1%	8,3%
GRÜNE	24,2%	11,0%	13,2%	30,3%
PDS / LINKE	2,8%	4,8%	3,6%	2,9%
PIRATEN	2,1%	2,3%	1,2%	0,4%
AfD		5,2%	7,9%	15,1%
Parteistimmen / Wahlberechtigte (in %)				
CDU	25,5%	33,5%	20,0%	18,8%
SPD	15,1%	15,1%	11,7%	8,8%
FDP	3,4%	4,5%	2,1%	5,8%
GRÜNE	15,8%	8,1%	6,7%	21,1%
LINKE	1,8%	3,5%	1,8%	2,0%
AfD		3,8%	4,0%	10,5%
Sonstige	3,7%	4,7%	4,5%	2,6%
Enthalter	33,7%	25,7%	47,9%	29,6%
Kahrs 2016				



In **Rheinland-Pfalz** bleibt die Union stabil. Die SPD und ihre Ministerpräsidentin erreichen entgegen den Trends der Partei bei anderen Wahlen jeden vierten Wahlberechtigten. Beide Parteien zusammen vertreten 68% der gültigen Stimmen und 47,2% der Wahlberechtigten. Auch wenn der Einzug der AfD die Regierungsbildung erschwert, bleiben die beiden alten großen Parteien der Bundesrepublik hier „große Parteien“.

<b>RP: Parteistimmen bei den letzten Wahlen</b>				
	LTW11	BTW13	EPW14	LTW16
CDU	658.474	958.655	661.339	677.502
SPD	666.817	608.910	529.232	771.709
FDP	79.343	122.640	63.988	132.262
Grüne	288.489	169.372	139.047	113.287
LINKE	56.054	120.338	62.977	60.074
AfD		106.414	114.602	267.813
Sonstige	119.010	128.168	150.279	107.773
<b>Verteilung der gültigen Stimmen</b>				
CDU	35,2%	43,3%	38,4%	31,8%
SPD	35,7%	27,5%	30,7%	36,2%
FDP	4,2%	5,5%	3,7%	6,2%
Grüne	15,4%	7,6%	8,1%	5,3%
PDS/LINKE	3,0%	5,4%	3,7%	2,8%
Piraten	1,6%	2,2%	1,2%	0,8%
AfD		4,8%	6,7%	12,6%
Sonstige	4,8%	3,6%	7,4%	3,6%
<b>Parteistimmen / Wahlberechtigte (in %)</b>				
CDU	21,3%	31,0%	21,4%	22,1%
SPD	21,6%	19,7%	17,1%	25,1%
FDP	2,6%	4,0%	2,1%	4,3%
Grüne	9,3%	5,5%	4,5%	3,7%
LINKE	1,8%	3,9%	2,0%	2,0%
AfD		3,4%	3,7%	8,7%
Sonstige	3,9%	4,1%	4,9%	3,5%
Enthalter	38,2%	27,2%	43,0%	29,6%

Kahrs 2016

**Sachsen-Anhalt** verzeichnet einen erheblichen Wandel im Parteiensystem. Die drei über zwei Jahrzehnte großen Parteien erreichen zusammen 57,2% der Stimmen gegenüber noch fast drei Viertel bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Hier sind es vor allem Sozialdemokraten und Linke, die erheblich an Rückhalt in der Bevölkerung einbüßen.

<b>ST: Parteistimmen bei den letzten Wahlen</b>				
	LTW11	BTW13	EPW14	LTW16
CDU	323.019	485.781	245.010	334.123
SPD	213.611	214.731	173.082	119.377
FDP	38.173	30.998	21.007	54.525
GRÜNE	70.922	46.858	38.485	58.226
LINKE	235.011	282.319	174.103	183.296
PIRATEN	13.828	22.753	10.078	
AfD		49.661	50.605	271.832
NPD	45.826	25.900	16.758	21.211
Sonstige	53.112	19.814	68.877	69.591
<i>Anteile an gültigen Stimmen</i>				
CDU	32,5%	41,2%	30,7%	30,0%
SPD	21,5%	18,2%	21,7%	10,7%
FDP	3,8%	2,6%	2,6%	4,9%
GRÜNE	7,1%	4,0%	4,8%	5,2%
LINKE	23,7%	23,9%	21,8%	16,5%
Piraten	1,4%	1,9%	1,3%	
AfD		4,2%	6,3%	24,4%
NPD	4,6%	2,2%	2,1%	1,9%
Sonstige	3,6%	3,0%	4,4%	3,2%
<i>Parteistimmen / Wahlberechtigte (in %)</i>				
CDU	16,2%	25,2%	12,8%	17,8%
SPD	10,7%	11,1%	9,0%	6,4%
FDP	1,9%	1,6%	1,1%	2,9%
GRÜNE	3,6%	2,4%	2,0%	3,1%
LINKE	11,8%	14,6%	9,1%	9,8%
PIRATEN	0,7%	1,2%	0,5%	0,0%
AfD	0,0%	2,6%	2,6%	14,5%
NPD	2,3%	1,3%	0,9%	1,1%
Sonstige	2,7%	1,0%	3,6%	3,7%
Enthalter	48,8%	37,9%	57,0%	38,9%

## 2. Erkenntnisse der Wahltags-/Nachwahlbefragungen

### 2.1. Wanderungsbilanzen

Die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap zeigen für die einzelnen Bundesländer ein differenziertes Bild.

In **Baden-Württemberg** gewinnt die CDU vom kleineren Koalitionspartner SPD 12.000 Stimmen, verliert aber an alle anderen Parteien und die Nichtwähler. Die größten Verluste (188.000 Stimmen) gehen an die AfD, die zweitgrößten an die Grünen (109.000) – also in politisch entgegengesetzte Richtungen. Die SPD gewinnt von den Nichtwählern, verliert aber an alle anderen Parteien, gut die Hälfte des negativen Saldos mit den Parteien geht an die Grünen, der nächstgrößere Teil an die AfD. Die grünen gewinnen von SPD und CDU. DIE LINKE verliert an andere Parteien im Saldo 28.000 Stimmen, 22.000 davon an die AfD. Sie gewinnt von anderen Parteien 19.000 Stimmen, darunter 13.000 von der SPD.

#### Baden-Württemberg: Zuwanderung (+) und Abwanderung (-) der Wähler und Wählerinnen

von Z an Sp.	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Enthaltung
CDU	-	-12.000	109.000	86.000	4.000	188.000	15.000	13.000
SPD	12.000	-	160.000	35.000	13.000	88.000	18.000	61.000
Grüne	-109.000	-160.000	-	12.000	-4.000	68.000	-133.000	7.000
FDP	-86.000	-35.000	-12.000	-	2.000	18.000	-4.000	-44.000
LINKE	-4.000	-13.000	4.000	-2.000	-	22.000	2.000	-10.000
AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-	-151.000	-207.000
Andere	-15.000	-7.000	-18.000	4.000	-2.000	151.000	-	-21.000
Enthaltung	-13.000	133.000	-61.000	44.000	10.000	207.000	21.000	

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap. Stand 23:30

In **Rheinland-Pfalz** „kannibalisiert“ der größere Koalitionspartner, hier: die SPD, ebenfalls den kleineren, hier: die Grünen. Die Grünen verlieren 93.000 Stimmen an die SPD, rund zwei Drittel ihrer Stimmenverluste. Darüber hinaus verlieren sie an alle anderen Parteien – ein Zeichen für den hohen Anteil der „Fukushima“-Stimmen von 2011, die bei den Grünen im Land nie heimisch wurden. DIE LINKE gewinnt 10.000 Stimmen von CDU und Grünen, verliert aber 14.000 Stimmen an andere Parteien, darunter 11.000 an die AfD.

#### Rheinland-Pfalz: Zuwanderung (+) und Abwanderung (-) der Wähler und Wählerinnen

von Z an Sp.	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Enthaltung
CDU	-	-12.000	-21.000	13.000	2.000	46.000	4.000	-65.000
SPD	12.000	-	-93.000	6.000	-3.000	34.000	-2.000	-66.000
Grüne	21.000	93.000	-	12.000	8.000	5.000	13.000	11.000
FDP	-13.000	-6.000	-12.000	-	0	8.000	-1.000	-22.000
LINKE	-2.000	3.000	-8.000	0	-	11.000	-1.000	-7.000
AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-	-43.000	-77.000
Andere	-4.000	2.000	-13.000	-1.000	-1.000	-43.000	-	-12.000
Enthaltung	65.000	66.000	-11.000	22.000	7.000	77.000	12.000	-

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap. Stand 23:30

In **Sachsen-Anhalt** ist es die SPD, die an alle Parteien und an die Wahlenthalter verliert. Etwa gleich viele Stimmen gehen an die CDU und die AfD. DIE LINKE gewinnt 9.000 Stimmen von der SPD, verliert aber verliert im Saldo von Gewinnen und Verlusten aber 49.000 Stimmen an andere Parteien, darunter 29.000 an die AfD.

### Sachsen-Anhalt: Zuwanderung (+) und Abwanderung (-) der Wähler und Wählerinnen

von Z an Sp.	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Enthaltung
CDU	-	-22.000	-8.000	8.000	-7.000	38.000	6.000	-42.000
SPD	22.000	-	4.000	4.000	9.000	21.000	9.000	11.000
Grüne	8.000	-4.000	-	0	-1.000	3.000	4.000	1.000
FDP	-8.000	-4.000	0	-	-2.000	6.000	2.000	-11.000
LINKE	7.000	-9.000	1.000	2.000	-	29.000	10.000	0
AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-	-52.000	-104.000
Andere	-6.000	-9.000	-4.000	-2.000	-10.000	52.000	-	-33.000
Enthaltung	42.000	-11.000	-1.000	11.000	0	104.000	33.000	-

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap, Stand 23:00

**Welche Parteien konnten von der gestiegenen Wahlenthaltung profitieren?** In Baden-Württemberg beteiligten sich laut Wanderungsbilanzen 415.000 Wahlberechtigte mehr als 2011. Sie wählten zu 32% die SPD, zu 50% die AfD, zu 11% die FDP, zu 2% die LINKE und zu 5% andere Parteien. In Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gewann auch die CDU ehemalige Nichtwähler, ihr Anteil lag bei 26% bzw. 22%. In beiden Ländern wurde ebenfalls die AfD mit 31% bzw. 55% stärkste Partei unter ehemaligen Nichtwählern. In Sachsen-Anhalt konnte die LINKE bei Nichtwählern keinen Zugewinn erzielen, erlitt aber auch keine Verluste. Fasst man die positiven Salden für alle drei Länder zusammen, so verteilten sich die vormaligen Nichtwähler wie folgt: CDU 13%, SPD 23%, FDP 9%, LINKE 2%, AfD 46%, Andere 8%.

**Tabelle: Positive Wanderungssalden mit Wahlenthaltern**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Gesamt
in BW		133.000		44.000	10.000	207.000	21.000	415.000
Verteilung		32%		11%	2%	50%	5%	100%
in RP	65.000	66.000		22.000	7.000	77.000	12.000	249.000
Verteilung	26%	27%		9%	3%	31%	5%	100%
in ST	42.000			11.000	0	104.000	33.000	190.000
Verteilung	22%	0%		6%		55%	17%	100%
Gesamt	107.000	199.000	0	77.000	17.000	388.000	66.000	854.000
Verteilung	13%	23%		9%	2%	45%	8%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016

**Woher kamen die Wählerinnen und Wähler der AfD?** Nach den Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen waren 40-50% der AfD-Stimmen zuvor Stimmen kleineren Parteien einschließlich der NPD oder kamen von Nichtwählern. In Sachsen-Anhalt kamen jeweils gut ein Sechstel von den beiden zuvor größten Parteien im Landtag, CDU und LINKE, in den westdeutschen Ländern kamen ein Viertel bis ein Drittel der AfD-Stimmen von der Union.

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	NPD	Andere/Enthaltung
BW	31%	13%	7%	4%	4%		41%
RP	24%	16%	6%	4%	6%		45%
ST	17%	10%	2%	3%	17%	11%	40%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen / www.heute.de, 23:00

Die Wanderungsbilanzen von Infratest dimap vermitteln ein in der Grundtendenz ähnliches, in einzelnen Aspekten aber abweichendes Bild. Der Anteil der Stimmen von anderen kleinen Parteien und den Nichtwählern ist höher (48% in Baden-Württemberg, 53% in Rheinland-Pfalz und 62% in Sachsen-Anhalt), und der Anteil der ehemaliger LINKE-Stimmen in Sachsen-Anhalt niedriger, die Gewichtung innerhalb der einzelnen Ländern wie auch die Unterschiede zwischen ihnen weisen aber die gleiche Struktur auf.

von	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere	Enthaltung	Gesamt
in BW	188.000	88.000	68.000	18.000	22.000	151.000	207.000	742.000
Verteilung	25%	12%	9%	2%	3%	20%	28%	100%
in RP	46.000	34.000	5.000	8.000	11.000	43.000	77.000	224.000
Verteilung	21%	15%	2%	4%	5%	19%	34%	100%
in ST	38.000	21.000	3.000	6.000	29.000	52.000	104.000	253.000
Verteilung	15%	8%	1%	2%	11%	21%	41%	100%
Gesamt	272.000	143.000	76.000	32.000	62.000	246.000	388.000	1.219.000
Verteilung	22%	12%	6%	3%	5%	20%	32%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap.

### Welche Bedeutung haben die Stimmenverluste an die AfD für die einzelnen Parteien?

Die Zusammensetzung der neuen Wählerschaft der AfD ist eine Perspektive, eine andere die Frage nach dem Anteil, den die Verluste an die AfD an allen Verlusten einer Partei an andere Parteien haben.

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere
BW	-402.000	-315.000	-98.000	-20.000	-28.000	-288.000
dav. AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-151.000
%	47%	28%	69%	90%	79%	52%
RP	-65.000	-52.000	-152.000	-9.000	-15.000	-47.000
dav. AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-43.000
%	71%	65%	3%	89%	73%	91%
ST	-52.000	-69.000	-15.000	-8.000	-49.000	-52.000
dav. AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-52.000
%	73%	30%	20%	75%	59%	100%
Gesamt	-519.000	-436.000	-265.000	-37.000	-92.000	-387.000
dav. AfD	-272.000	-143.000	-76.000	-32.000	-62.000	-246.000
%	52%	33%	29%	86%	67%	64%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016

In Baden-Württemberg sind es FDP und LINKE, die die höchsten relativen Verluste an die AfD hinnehmen müssen, und auch für die Grünen ist die AfD der größte Gegner. In Rheinland-Pfalz haben die „anderen“ Parteien die prozentual größten Verluste an die AfD, aber auch die FDP und mit Abstand LINKE und CDU sowie SPD, während hier die Grünen kaum an die AfD verlieren. In Sachsen-Anhalt ergibt sich eine ähnliche Rangfolge: „Andere“, FDP, CDU, LINKE. Fasst man alle Zahlen zusammen, so ist der Anteil der Verluste an die AfD für die FDP mit 86% aller Verluste an andere Parteien am größten, gefolgt von der LINKEN (67%) und den kleinen Parteien (64%). Bei der Union gehen noch 52% der Verluste an die AfD, bei der SPD ein Drittel und bei den Grünen unter 30%.

Offenbleiben muss hier, wann die Abwendung und die Hinwendung zur AfD erfolgte. Ein erheblicher Teil könnte bereits bei der Bundestagswahl 2013 und/oder bei der Europa-Wahl 2014 die AfD gewählt haben.

## 2.2. Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses

Tabelle: Wer wählte wen? Vergleich Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap																		
	CDU			SPD			Grüne			LINKE			FDP			AfD		
	BW	RP	ST	BW	RP	ST	BW	RP	ST	BW	RP	ST	BW	RP	ST	BW	RP	ST
<i>Forschungsgruppe Wahlen</i>																		
Alle																		
Frauen	28	33	33	12	39	11	34	6	6	3	2	16	8	6	5	12	9	19
Männer	26	31	27	12	34	10	28	5	4	3	3	16	9	7	5	18	15	<b>28</b>
<i>Alter</i>																		
unter 30	25	25	18	12	33	10	27	9	8	6	6	13	7	5	4	16	14	<b>29</b>
30-44	27	29	27	9	33	9	29	6	6	4	3	12	7	6	5	19	16	<b>28</b>
45-59	23	29	39	11	36	9	37	7	5	3	3	16	7	5	6	16	15	27
60 u. älter	32	39	36	16	40	13	28	2	4	1	2	21	10	8	5	11	7	17
<i>Beruf</i>																		
Arbeiter	27	26	27	14	39	10	24	4	3	3	3	16	6	4	4	22	18	<b>30</b>
Angestellte	25	31	30	13	39	11	36	6	6	3	3	18	7	6	5	13	11	20
Beamte	32	41	38	15	34	11	33	6	5	2	2	15	9	7	5	8	8	20
Selbständige	32	39	35	9	25	7	29	6	6	3	3	11	13	11	9	12	13	25
<i>Bildung</i>																		
Hauptschule	29	32	33	16	41	12	24	2	2		2	17	8	6	4	16	12	24
Mittlere Reife	26	31	28	11	35	9	28	3	4		3	14	9	5	5	19	17	<b>31</b>
Abitur	24	32	31	11	32	10	34	7	8		4	15	8	6	5	15	13	21
Hochschule	24	31	33	11	35	13	38	10	8		3	22	10	9	6	11	8	12
<i>Infratest dimap</i>																		
Alle	27	32	29	13	37	12	31	5	5	3	3	17	8	6	5	14	12	23
Frauen	28	32	33	13	40	12	34	6	6	2	3	17	8	6	5	11	8	18
Männer	26	32	27	13	34	11	28	5	5	3	3	16	9	7	5	17	14	<b>27</b>
<i>Alter</i>																		
18-24	24	23	15	12	34	12	28	10	11	6	6	13	8	6	5	14	12	<b>25</b>
25-34	27	27	22	11	31	10	26	7	7	4	5	11	7	6	4	18	15	<b>28</b>
35-44	27	30	26	10	32	10	31	7	8	3	3	12	8	6	6	17	15	<b>28</b>
45-59	23	30	28	11	37	9	38	6	6	2	3	15	7	6	5	15	13	27
69-69	26	34	31	16	42	12	31	3	4	2	2	22	10	6	5	13	9	19
69 u. älter	36	43	38	18	40	16	25	2	3	1	1	20	11	7	4	8	5	14
<i>Bildung</i>																		
einfache Bildg.	32	31	29	13	45	13	26	2	2	1	2	19	7	4	4	16	11	24
hohe Bildg.	24	32	32	13	35	13	36	8	9	4	4	18	10	9	7	10	9	15
<i>Status/Beruf</i>																		
Arbeiter	23	22	20	13	37	10	22	4	4	3	4	14	6	3	3	<b>28</b>	23	<b>35</b>
Angestellte	25	30	29	11	37	10	33	7	7	3	3	15	8	6	6	16	11	21
Selbständige	30	46	38	8	23	8	31	6	9	2	1	9	16	13	10	12	8	22
Rentner	32	36	35	17	42	13	29	2	2	2	2	23	9	6	5	9	10	18
Arbeitslose	20	18	14	14	30	12	21	7	2	6	6	16	2	5	2	<b>30</b>	25	<b>36</b>
<i>Konfession</i>																		
evangelisch	26			15			32			2			9			13		
katholisch	35			10			30			2			8			12		

Quelle: tagesschau.de, zdf.de 13.03.2016

Die **AfD** wurde in allen die Ländern überdurchschnittlich von Männern, Arbeitern und Arbeitslosen sowie Wahlberechtigten ,mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife gewählt. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt wurde sie unter Arbeitern und Arbeitslosen die stärkste Partei, in Sachsen-Anhalt zu dem die stärkste Partei bei Männern und unter 45jährigen Wählern und Wählerinnen, dank der überdurchschnittlichen Stimmenanteile bei Männern. Diese Wählerstruktur deutete sich bei den vorhergehenden Landtagswahlen in Ostdeutsch-

land bereits an, jedoch tritt nun deutlicher hervor, dass die AfD derzeit die Partei der Arbeiter und unteren Mittelschichten ist.

Dort, wo die AfD überdurchschnittliche Anteile bekommt, ist in der Regel auch die Union stark. Nur in Rheinland-Pfalz behauptet die SPD den Platz als klassische Arbeiter- und Sozialstaatspartei.

DIE LINKE kann zwar in den westdeutschen Ländern überdurchschnittliche Anteile unter Arbeitslosen verzeichnen, doch liegen die Anteil weit unter vorherigen. In den westdeutschen Ländern erzielt sie deutlich überdurchschnittliche Anteile bei jüngeren Wahlberechtigten, in Ostdeutschland bei älteren. Betrachtet man den formalen Bildungsgrad, ist die LINKE in Ost wie West eher eine Partei der Abiturienten und Akademiker, insbesondere im Westen.

Die Grünen in Baden-Württemberg erscheinen als Partei der noch erwerbstätigen Angestellten und Beamten zwischen 35 und 70 Jahren bzw. 45 und 60 Jahren, überdurchschnittliche Stimmenanteile bei Frauen und Höhergebildeten.

Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen						
Quelle: <a href="http://www.heute.de/liveblog-zu-landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-rheinland-pfalz-und-sachsen-anhalt-42616">http://www.heute.de/liveblog-zu-landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-rheinland-pfalz-und-sachsen-anhalt-42616</a>						
Letzter Zugriff: 14. März 2016						
1. Wen hätten Sie lieber als MinisterpräsidentIn?	Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Kretschmann	Wolf	Dreyer	Klößner	Haseloff	Gallert
	66%	17%	49%	37%	55%	24%
2. "Der/die MinisterpräsidentIn macht seine Sache eher..."	BW (Kretschmann)		RLP (Dreyer)		SA (Haseloff)	
	...gut	...schlecht	...gut	...schlecht	...gut	...schlecht
	84%	8%	76%	14%	62%	26%
3. "Der/die MinisterpräsidentIn macht seine Sache <u>gut</u> "	BW	RLP	SA			
	Anhänger d. CDU	87%	71%	90%		
	Anhänger d. Grünen	100%	92%	53%		
	Anhänger d. SPD	93%	96%	72%		
	Anhänger d. FDP	94%	64%	74%		
	Anhänger d. AfD	60%	54%	46%		
	Anhänger d. Linken	(kA)	(kA)	53%		



4. Wer...	Baden-Württemberg		
	Kretschmann	Wolf	beide gleich
...ist sympathischer?	64%	5%	20%
...ist glaubwürdiger?	54%	3%	33%
...hat mehr Sachverstand?	35%	6%	33%
	Rheinland-Pfalz		
	Dreyer	Klößner	beide gleich
...ist sympathischer?	44%	20%	26%
...ist glaubwürdiger?	37%	10%	43%
...hat mehr Sachverstand?	30%	11%	42%
	Sachsen-Anhalt		
	Haseloff	Gallert	beide gleich
...ist sympathischer?	36%	10%	32%
...ist glaubwürdiger?	30%	10%	41%
...hat mehr Sachverstand?	32%	5%	33%

5. Bewertung der Spitzenkandidaten (Skala von +5 bis -5)	Baden-Württemberg						
	Kretschmann	Alle	Grüne-Anh.				
		+2,7	+4,4				
	Wolf	Alle	CDU-Anh.				
		+0,1	+1,9				
Schmid	Alle	SPD-Anh.					
	+0,8	+2,4					

6. Bewertung der Spitzenkandidaten und ihrer Parteien (Skala von +5 bis -5)	Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Kretschmann	+2,7				
	Grüne	+2				
	Wolf	+0,1	Klößner	+1,4	Haseloff	+1,3
	CDU	+0,7	CDU	+1,3	CDU	+1,1
	Schmid	+0,8	Dreyer	+2,4	Budde	0
	SPD	+0,7	SPD	+2,1	SPD	+0,4
					Gallert	+0,3
				Linke	-0,1	

7. Bewertung von Regierung und Opposition (Skala von +5 bis -5)		Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Regierung	Grüne	+1,7	SPD	+1,5	CDU	+0,7
		SPD	+1	Grüne	+0,2	SPD	+0,2
	Opposition	CDU	+0,4	CDU	+1	Linke	0
		FDP	-0,3			Grüne	-0,8

	Koalition	Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
		Gut	Schlecht	Gut	Schlecht	Gut	Schlecht
<b>8. Meinung zu potentiellen Koalitionsbildungen</b>	Grüne/SPD	48%	31%	42%	38%		
	Grüne/CDU	43%	38%				
	Grüne/SPD/FDP	22%	52%				
	CDU/SPD/FDP	23%	52%				
	SPD/CDU			40%	38%	42%	37%
	CDU/SPD			35%	43%		
	Linke/SPD/Grüne					25%	55%
CDU/AfD					16%	71%	
<b>9. Die wichtigsten Probleme</b>							
	<b>BW</b>	<b>RLP</b>	<b>SA</b>				
Flüchtlinge	69%	59%	54%				
Schule/Bildung	27%	22%	14%				
Verkehr	11%	14%					
Umwelt/Energiewende	7%						
Infrastruktur		8%					
Arbeitsplätze			28%				
Wirtschaftslage			13%				
<b>10. Bewertung der Parteienkompetenz: Flüchtlingspolitik</b>							
	<b>BW</b>	<b>RLP</b>	<b>SA</b>				
CDU	19%	27%	28%				
Grüne	27%	3%	kA				
SPD	9%	35%	8%				
AfD	14%	10%	21%				
Linke	kA	kA	10%				
andere	8%	7%	7%				
keine	9%	6%	11%				
<b>Flüchtlingspolitik Angela Merkels</b>							
	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>				
Gut	54%	58%	43%				
Schlecht	42%	37%	50%				
<b>12. Die anderen Parteien sollen die AfD behandeln wie...</b>							
	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>				
...normale Partei	46%	44%	55%				
keine Zusammenarbeit	48%	50%	38%				
<b>13. Wie ist das Bundesland auf die</b>							
	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>				
eher gut	74%	62%	35%				
eher schlecht	20%	30%	55%				

14. Bewertung der Kompetenz zur Problemlösung	Baden-Württemberg			Rheinland-Pfalz			Sachsen-Anhalt		
	CDU	Grüne	SPD	SPD	CDU	keine	CDU	Linke	SPD
Schule/Bildung	28%	22%	15%	38%	28%	4%	22%	20%	20%
Verkehr	26%	29%	11%	24%	31%	4%			
Energiepolitik	19%	52%	5%						
Wirtschaft	31%	23%	10%	33%	35%	8%	39%	6%	10%
Arbeitsplätze							39%	6%	13%
15. "Die AfD wird hauptsächlich gewählt..."	Alle			AfD-Wähler ("Ich wähle die AfD...")					
	BW	RLP	SA	BW	RLP	SA			
...wegen politischer Forderungen	18%	17%	16%	43%	53%	52%			
...als Denkzettel für andere Parteien	75%	74%	77%	55%	45%	47%			

## IV. Ausgewählte Aspekte der Wahlergebnisse

### 1. Die AfD nach den Landtagswahlen vom 03. März 2016

Auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus war die Bundesrepublik Deutschland, wie Frank Decker zutreffend feststellte, lange Zeit ein weißer Fleck.<sup>1</sup> Zwar gab es auch hier seit Anfang der 1990er Jahre Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien, wie z.B. der Schill-Partei in Hamburg, konnten sich die Republikaner rund zehn Jahre im Landtag Baden-Württemberg halten bzw. über zehn Jahre in fast allen ostdeutschen Landtagen außer Thüringen vergleichsweise flächendeckend rechtsextreme Parteien wie die DVU oder die NPD, teilweise mit zweistelligen Ergebnissen gewählt, Fraktionen bilden. Gleichwohl blieben diese Ereignisse auf der regionalen Ebene beschränkt und „führten nicht zur dauerhaften Etablierung einer Rechtsaußenpartei im nationalen Rahmen“.<sup>2</sup>

Über die AfD ist seit ihrem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 2013 und der am gleichen Tag stattgefundenen hessischen Landtagswahl, ihrem Einzug in die Landtage von Bremen, Hamburg, Sachsen, Brandenburg, Thüringen bereits viel publiziert worden.<sup>3</sup> Diese Analysen können und sollen hier nicht nachvollzogen werden. Sie sind zudem im Lichte des Wahlergebnisses vom 13. März 2016 anzupassen.

In diesem Abschnitt soll es vielmehr darum gehen, einerseits zu skizzieren, welche Wirkung das Abschneiden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen auf das Parteiensystem generell und die AfD haben wird und andererseits darzulegen, welche Erkenntnisse die Wahlforschung im Hinblick auf die AfD in den drei genannten Ländern zu Tage beförderte.

#### **AfD: dauerhafte tektonische Verschiebung des bürgerlich-rechten Parteienlagers**

Wir gehen davon aus, dass die AfD – anders als die Piratenpartei – eine tektonische Verschiebung des Parteiensystems darstellt. Mit ihr verabschiedet sich ein spürbarer Teil christdemokratischer und christsozialer Wähler/-innenschaft, der von jeher nationalkonservativ dachte. Dieses Spektrum ist am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichbar – wenn Beobachtungen sowohl von Forsa<sup>4</sup> als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saß, zugrunde gelegt werden – und konnte über einen langen Zeitraum von der Union gebunden werden bzw. fand keine andere Repräsentationsfläche. Die NPD war für diesen bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers nicht wählbar war. In diese Lücke stieß nun die AfD.

„Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer bestimmten gesellschaftlichen Krisenkonstellation bedarf [...], um solche Parteien und Bewegungen hervorzubringen.“<sup>5</sup> Im Falle der AfD war die Finanz- und Eurokrise das Gelegenheitsfenster, für eine neue EU-kritische Partei, „deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – geeignet waren, um daran eine breitere rechtspopulistische Basis anzudocken“.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Frank Decker 2015, Die Veränderungen der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen?, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut. Verachtung. Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 109.

<sup>2</sup> Decker 2015, ebd.; vgl. auch Frank Decker 2012, Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: Vorgänge Nr. 1, S. 21-28.

<sup>3</sup> Vgl. n.v.a.: David Bebnowski 2015, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten, populistischen Partei, Wiesbaden mit ausführlichen Literaturhinweisen; Alexander Häusler/Rainer Roeser 2015, Die rechten >Mut<-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg.

<sup>4</sup> <http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html>

<sup>5</sup> Decker 2015, a.a.O., S. 109f.

<sup>6</sup> Decker 2015, a.a.O., S. 110.

Unsere Analyse der Europawahl 2014<sup>7</sup> stützte diese These. Wir wiesen damals darauf hin, dass Euro-Skepsis allein nicht das entscheidende Moment des Wahlerfolgs der AfD darstellte. Erkenntnisse des Instituts für Demoskopie in Allensbach über die potenziellen Unterstützer der AfD zeigten jedoch, dass sich 80% derjenigen, die die AfD zu wählen beabsichtigten, eine Rückkehr zur nationalen Währung wünschten; 68% waren überzeugt, dass die Nachteile des Euro für Deutschland überwiegen und 75% glauben nicht daran, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben wird. Mit den Worten von Renate Köcher: „Die potenziellen Unterstützer der ‚Alternative‘ sind nicht signifikant stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung über die Krise in der Eurozone beunruhigt. Aber sie halten die gesamte Konstruktion einer Währungsunion für einen Irrweg und hoffen entsprechend, dass die Krise dazu beiträgt, diesen Weg zu beenden. Als Übergangslösung plädieren sie mit großer Mehrheit für den Abschluss überschuldeter Länder.“<sup>8</sup>

Die CDU hat in den vergangenen mehr zwölf Jahren der Kanzlerschaft Merkels eine Entwicklung genommen, die sie sowohl wirtschaftspolitisch eher in die Nähe der Sozialdemokratie rückte als neoliberal ausprägte als auch gesellschaftspolitisch mit den liberalen, urbanen Mittelschichten verband. Bereits heute erscheint ein Bündnis aus Union und Grünen einigen als logische politische Repräsentation einer Gesellschaft, in der die ideologischen Großthemen der Bonner Republik, die noch Schröders rot-grüne Kanzlerschaft prägten, ihre Dominanz verloren haben. Die Kanzlerin hat in ihrer seit 2005 dauernden Amtszeit mit den wechselnden Partnern SPD und FDP die Wehrpflicht abgeschafft, Atomkraftwerke abgeschaltet, die Energiewende eingeleitet und auch führende Unionspolitiker für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe plädieren. Sie hält beharrlich an ihrer Flüchtlingspolitik des „Wir schaffen das“ fest – gegen den heftigen Widerstand der CSU und Teile ihrer eigenen Partei.<sup>9</sup>

Der FDP gelang es in der Zeit ihrer Beteiligung an der Bundesregierung nicht, ein Gegengewicht zur Union zu bilden. Denn in den wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen, aus der sich die Unzufriedenheit der Konservativen speiste, ging die FDP mit dem Zeitgeist und in den wirtschaftspolitischen Positionen lagen die Liberalen gegen den Mainstream der AfD, der in seiner Mischung aus Abschottung, Ablehnung von Freihandelsabkommen und anti-europäischen Ressentiments eher eine Tea-Party deutschen Zuschnitts darstellt, als eine neue liberale Alternative. Spätestens nachdem die liberale Partei sich in einem Mitgliederentscheid für eine Unterstützung der EU-Rettungspolitik aussprach, hatte die FDP die Gelegenheit vertan, das Gelegenheitsfenster der AfD zu schließen oder zumindest sich in den Wind zu stellen.

(...)

---

<sup>7</sup> Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2014, Die Ergebnisse der Europawahl 2014. Wahlbericht und erste Analyse, <http://www.benjamin-hoff.de/kontext/controllers/document.php/809.6/f/10c.pdf>.

<sup>8</sup> Renate Köcher 2013, Alternative für Deutschland?, in FAZ: [http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_reportsndocs/April13\\_AfD.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/April13_AfD.pdf).

<sup>9</sup> Benjamin-Immanuel Hoff 2016, Progressive Politik statt Ausschließeritis, <https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/progressive-politik-statt-ausschliesseritis>.

## Die AfD im Spiegel der Wahlforschung zu den Landtagswahlen 2016

Im Zuge der Landtagswahlen, aber auch im Rahmen der Erhebungen des Deutschland-TREND von Infratest dimap wurden Erkenntnisse über das AfD-Elektorat und Sichtweisen auf die AfD ermittelt, die nachfolgend dargestellt werden, ohne jeweils im Einzelnen eine Bewertung vorzunehmen. Hierzu wird auf den ersten Abschnitt dieses Kapitels verwiesen.

Aussagen über die AfD		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die AfD distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen	76	16
Ich finde es gut, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien	33	64
Die AfD ist eine gute Alternative für alle, die sich bei den etablierten Parteien nicht mehr aufgehoben fühlen	17	77
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND März 2016		

Eine Mehrheit von rund drei Vierteln der Befragten äußerte in einer bundesweiten Befragung vom März dieses Jahres die Auffassung, dass sich die AfD nicht genug von rechtsextremen Positionen distanzieren würde. Dass die AfD den Zuzug von Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien fand wiederum die Zustimmung von einem Drittel der gleichen Befragungskohorte.

Letzteres korrespondiert mit der Einschätzung von AfD-Wähler/-innen, nachdem von allen etablierten Parteien derzeit allein die CSU bei AfD-Wähler/-innen in relevantem Maße Zustimmung gefunden hätte. Inwieweit die Tatsache, dass es sich bei der CSU um eine etablierte westdeutsche Partei handelt, eine Rolle spielt, dass die CSU in Sachsen-Anhalt bei den AfD-Wähler/-innen weniger gut als bei denjenigen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz abschneidet, kann hier nicht abschließend geklärt werden.

„Wäre gut, wenn man hier CSU wählen könnte“					
Alle			AfD-Wähler ("Ich wähle die AfD...")		
BW	RLP	ST	BW	RLP	ST
24	25	31	61	72	57
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen					

Im LänderTREND Rheinland-Pfalz Januar 2016 ermittelte Infratest dimap 8% Wahlberechtigte, die in der Antwort auf die sogenannte Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Rheinland-Pfalz Landtagswahl wäre?“) angaben, für die AfD zu stimmen. Als Gründe für die AfD-Wahl gaben die Befragten in absteigender Relevanz an:

- Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien
- Flüchtlingspolitik der AfD
- Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung / Kanzlerin
- AfD vertritt meine Meinung / Interessen
- AfD benennt die Probleme klar / kümmert sich um die Probleme der Bürger
- Partei, die etwas für Deutschland tut
- Europapolitik / Griechenland.

Da Infratest dimap zu den Antwortkategorien keine Werte bereitstellt, lässt sich die Relevanz der Aussagen für die Befragten insoweit zusammenfassen, dass die ersten beiden Antwort-

kategorien die höchste Relevanz haben, die nachfolgenden vier Antworten eine mittlere bis niedrige Relevanz aufweisen und die letzte Antwort eine geringe Relevanz verzeichnet.

<b>"Die AfD wird hauptsächlich gewählt..."</b>						
	Alle			AfD-Wähler ("Ich wähle die AfD...")		
	BW	RLP	ST	BW	RLP	ST
...wegen politischer Forderungen	18%	17%	16%	43%	53%	52%
...als Denkzettel für andere Parteien	75%	74%	77%	55%	45%	47%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Während in vorstehender Tabelle rund drei Viertel der Nicht-AfD-Wähler/-innen davon ausgehen, dass sich im Stimmverhalten für die AfD ein Denkzettel für die etablierten Parteien Äußerung verschaffen wollte, stützen die Antworten der AfD-Wähler/-innen selbst eher die von uns in dieser Wahlanalyse vertretene Auffassung, dass die AfD-Wähler/-innen sich in relevantem Maße bereits von den etablierten Parteien abgewandt haben und die Partei nicht trotz sondern wegen ihrer politischen Forderungen und Positionen wählen.

Die Daten von Infratest dimap spiegeln diesbezüglich ein etwas weniger konturiertes Bild. Während rund ein Viertel (27%) aus Überzeugung für die AfD stimmten, gaben rund zwei Drittel an, die AfD aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt zu haben.

<b>Ansichten über die AfD (alle Wähler/-innen)</b>			
	BW	RLP	ST
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	-	46	64
Hat besser als Andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	46	42	56
Gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will	33	31	48
Finde gut, dass sie Probleme bei der Integration muslimischer Flüchtlinge anspricht	-	-	46
Ist näher an den Sorgen der Bürger als andere Parteien	-	18	-
Distanziert sich nicht genug von rechtsradikalen Positionen	85	82	77

  

<b>Ansichten über der AfD-Wähler/-innen über ihre Partei</b>			
	BW	RLP	ST
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	-	90	93
Hat besser als Andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	99	99	99
Gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will	99	96	99
Finde gut, dass sie Probleme bei der Integration muslimischer Flüchtlinge anspricht	99	-	98
Wird von den Medien unfair behandelt	92	81	-
Distanziert sich nicht genug von rechtsradikalen Positionen	49	54	50

Quelle: Infratest dimap / tagesschau.de

Der vorstehende Vergleich zwischen den Sichtweisen auf die AfD von Wähler/-innen anderer Parteien und den AfD-Wähler/-innen zeigt zweierlei: Einerseits die hohe Bedeutung einer defizitären Sicherheitseinschätzung in Verbindung mit andererseits der enormen Bedeutung des Flüchtlingsthemas. Die vermeintlich unfaire Behandlung der AfD durch die Medien steht

im Kontext mit der bereits vorstehend aufgerufenen Skepsis gegenüber den etablierten Institutionen wie Medien und Politik.

<b>Ansichten zum Thema Flüchtlingspolitik / Kriminalität – Vergleich mit AfD-Wähler/-innen in ST</b>		
	Gesamt	AfD-Wähler/-innen
Bin erleichtert, dass derzeit nur noch wenige Flüchtlinge nach Deutschland kommen	76	91
Empfinde Flüchtlinge als eine Bereicherung für Deutschland	41	6
Habe die Sorge, dass der Einfluss des Islam zu stark wird	67	92
Habe Sorge, dass die Kriminalität ansteigen wird	67	95
Quelle: Infratest dimap / tagesschau.de		



## Ausgewählte Aspekte und Erläuterungsversuche der AfD-Ergebnisse

Wir sind bereits im Kapitel III.2.1. auf die Frage eingegangen, woher die Wähler/-innen der AfD kommen und wie sich das Verhältnis zu den anderen Parteien darstellt. Im Sinne einer in sich geschlossenen Darstellung, rufen wir diese Erkenntnisse hier erneut auf.

**Woher kamen die Wählerinnen und Wähler der AfD?** Nach den Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen waren 40-50% der AfD-Stimmen zuvor Stimmen kleinerer Parteien einschließlich der NPD oder kamen von Nichtwählern. In Sachsen-Anhalt kamen jeweils gut ein Sechstel von den beiden zuvor größten Parteien im Landtag, CDU und LINKE, in den westdeutschen Ländern kamen ein Viertel bis ein Drittel der AfD-Stimmen von der Union.

**Tabelle: Woher kommen die Wähler der AfD?**

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	NPD	Andere/Enthaltung
BW	31%	13%	7%	4%	4%		41%
RP	24%	16%	6%	4%	6%		45%
ST	17%	10%	2%	3%	17%	11%	40%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen / www.heute.de, 23:00

Die Wanderungsbilanzen von Infratest dimap vermitteln ein in der Grundtendenz ähnliches, in einzelnen Aspekten aber abweichendes Bild. Der Anteil der Stimmen von anderen kleinen Parteien und den Nichtwählern ist höher (48% in Baden-Württemberg, 53% in Rheinland-Pfalz und 62% in Sachsen-Anhalt), und der Anteil der ehemaliger LINKE-Stimmen in Sachsen-Anhalt niedriger, die Gewichtung innerhalb der einzelnen Ländern wie auch die Unterschiede zwischen ihnen weisen aber die gleiche Struktur auf.

**Tabelle: Herkunft der AfD-Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl**

von	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere	Enthaltung	Gesamt
in BW	188.000	88.000	68.000	18.000	22.000	151.000	207.000	742.000
Verteilung	25%	12%	9%	2%	3%	20%	28%	100%
in RP	46.000	34.000	5.000	8.000	11.000	43.000	77.000	224.000
Verteilung	21%	15%	2%	4%	5%	19%	34%	100%
in ST	38.000	21.000	3.000	6.000	29.000	52.000	104.000	253.000
Verteilung	15%	8%	1%	2%	11%	21%	41%	100%
Gesamt	272.000	143.000	76.000	32.000	62.000	246.000	388.000	1.219.000
Verteilung	22%	12%	6%	3%	5%	20%	32%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap.

## Welche Bedeutung haben die Stimmenverluste an die AfD für die einzelnen Parteien?

Die Zusammensetzung der neuen Wählerschaft der AfD ist eine Perspektive, eine andere die Frage nach dem Anteil, den die Verluste an die AfD an allen Verlusten einer Partei an andere Parteien haben.

Tabelle: Bedeutung der Verluste an andere Parteien und die AfD						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere
BW	-402.000	-315.000	-98.000	-20.000	-28.000	-288.000
dav. AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-151.000
%	47%	28%	69%	90%	79%	52%
RP	-65.000	-52.000	-152.000	-9.000	-15.000	-47.000
dav. AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-43.000
%	71%	65%	3%	89%	73%	91%
ST	-52.000	-69.000	-15.000	-8.000	-49.000	-52.000
dav. AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-52.000
%	73%	30%	20%	75%	59%	100%
Gesamt	-519.000	-436.000	-265.000	-37.000	-92.000	-387.000
dav. AfD	-272.000	-143.000	-76.000	-32.000	-62.000	-246.000
%	52%	33%	29%	86%	67%	64%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016

In Baden-Württemberg sind es FDP und LINKE, die die höchsten relativen Verluste an die AfD hinnehmen müssen, und auch für die Grünen ist die AfD der größte Gegner.

In Rheinland-Pfalz haben die „anderen“ Parteien die prozentual größten Verluste an die AfD, aber auch die FDP und mit Abstand LINKE und CDU sowie SPD, während hier die Grünen kaum an die AfD verlieren.

In Sachsen-Anhalt ergibt sich eine ähnliche Rangfolge: „Andere“, FDP, CDU, LINKE. Fasst man alle Zahlen zusammen, so ist der Anteil der Verluste an die AfD für die FDP mit 86% aller Verluste an andere Parteien am größten, gefolgt von der LINKEN (67%) und den kleinen Parteien (64%). Bei der Union gehen noch 52% der Verluste an die AfD, bei der SPD ein Drittel und bei den Grünen unter 30%.

Offen bleiben muss hier, wann die Abwendung und die Hinwendung zur AfD erfolgte. Ein erheblicher Teil könnte bereits bei der Bundestagswahl 2013 und/oder bei der Europa-Wahl 2014 die AfD gewählt haben.

Dass die AfD in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 15 Direktmandate gewinnen konnte und als zweitstärkste Kraft im Landtag vertreten ist, ist nicht wirklich überraschend, wenn man die Wahlergebnisse und das Wahlverhalten im Land über einen langen Zeitraum betrachtet, wie wir dies mit unseren Wahnachtberichten seit mehr als zehn Jahren tun.

Die für Ostdeutschland im Vergleich zu den westlichen Bundesländern insgesamt höhere Volatilität schätzte Holtmann vor rund acht Jahren in Sachsen-Anhalt als besonders ausgeprägt ein: *„Situative Unzufriedenheit mit der Performanz der Landespolitik und insbesondere mit der Arbeit der Regierenden werden folglich durch längerfristig wirksame Parteiloyalitäten, die als Puffer gegen den massiven und rapiden Entzug politischen Vertrauens bei Wahlen dienen könnten, nicht abgedeckt. (...) Der in der Bevölkerung weit verbreitete Unmut über die prekäre ökonomische Situation (...) und die daraus resultierende pessimistische Einschätzung der allgemeinen und individuellen Lebenslage schlagen mit einer von Wahl zu Wahl bislang steigenden Intensität ungefiltert auf das Wahlverhalten durch.“*<sup>10</sup>

Im Zusammenhang mit der ausgeprägten Volatilität steht das sogenannte latente Protestpotenzial. Der erhebliche Anteil derjenigen, die über ihr Wahlverhalten auch Protest ausdrücken wollen, ist kein Phänomen Sachsens-Anhalts, aber eben auch hier ausgeprägt vorhanden.

<sup>10</sup> Everhard Holtmann 2008, Das Parteiensystem Sachsens-Anhalts, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermaier (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, S. 424.

den. Dies drückte sich insbesondere in der Landtagswahl von 1998 aus, als die Deutsche Volksunion mit knapp 13% und 16 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte.

Ein Drittel der damaligen DVU-Wähler/-innen bejahte für sich den Zusammenhang zwischen Wahl- und Protestverhalten.<sup>11</sup> Doch auch in den demokratischen Parteien wurde 1998 ein Protestwähleranteil von 12,0% für die FDP und 41,3% für die damalige PDS ermittelt.<sup>12</sup>

Wie Holtmann festhält, liefern die Daten zur Mobilisierung des Wahlvolks und zur regionalen Diffusion des Protestpotenzials bei Wahlen einen Teil der Erklärung *„für die auf den ersten Blick überraschende Tatsache, dass der spektakuläre Wahlerfolg der DVU von 1998 ein singuläres Ereignis geblieben ist und seither bei Landtagswahlen Protestparteien der extremen Rechten und des rechten Populismus (...) ein auch nur annähernd vergleichbares Ergebnis versagt blieb. (...) Zum einen fallen die Präferenzen wählender Protestwähler nicht automatisch an Protestparteien, sondern ‚streuen‘ über das gesamte Parteienspektrum. (...) Zum anderen macht die ausgeprägte Wahlmüdigkeit auch vor Protestparteien offenbar nicht halt, weil große Teile der Sachsen-Anhalter mittlerweile keiner Partei mehr zutrauen, die aktuellen und künftigen Probleme des Landes wirksam anzupacken.“*<sup>13</sup>

Der Protestwahl-These von Holtmann muss mindestens ergänzend, die These der verfestigten rechtsextremen Einstellungen in der Wähler/-innenschaft hinzugefügt werden. Bereits 1999 verwies Schieren in seiner Auswertung der Landtagswahl von 1998<sup>14</sup> auf eine empirische Untersuchung von Stöss/Niedermayer<sup>15</sup>, in der diese in West und Ost ein Wähler/-innenpotenzial von zwölf bis siebzehn Prozent mit latenten rechtsextremen Einstellungen vermuteten. Es ist also anzunehmen, dass bei den DVU-Wähler/-innen nicht dasjenige Drittel von besonderer Bedeutung ist, das aus Protest DVU wählte, sondern diejenigen zwei Drittel, die aufgrund einer rechtsextremen Einstellung sich für die Wahl dieser Partei entschieden.

Mit den Worten von Schieren *„Zumeist ist es eine Kombination beider Motive (‘Protest‘ und ‚Überzeugung‘), die zur Manifestation der vorhandenen rechtsextremen Einstellung in einer Wahlentscheidung führt und das umso mehr, wenn die Beurteilung der wirtschaftlich-sozialen Lage derart negativ ausfällt wie in den neuen Bundesländern.“*<sup>16</sup>

Im Vorfeld der Landtagswahl 2011 ermittelte Infratest-dimap, dass 3% der Befragten sowohl im Februar als auch im März 2011 sich ihrer Wahlentscheidung für die NPD sicher waren, 7% antworteten im Februar 2011, dass sie „wahrscheinlich“ die NPD wählen würden, im März 2011 betrug dieser Wert 5%. Dass sie „wahrscheinlich nicht“ für die NPD stimmen würden gaben im Februar 2011 5% und im März 2011 7% an. Ein mögliches NPD-Wähler/-innenpotenzial betrug also bereits damals zwischen 8% und 15%.

---

<sup>11</sup> Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425.

<sup>12</sup> Vgl. Holtmann 2008, ebd.

<sup>13</sup> Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425f.

<sup>14</sup> Stefan Schieren 1999, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/99, S. 68.

<sup>15</sup> Richard Stöss/Oskar Niedermayer 1998, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland im Frühsommer 1998. Arbeitspapier des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, FU Berlin, Berlin, zitiert in: Schieren 1999, ebd.

<sup>16</sup> Schierer 1999, ebd.

## 2. Der Einfluss der Flüchtlingspolitik auf das Ergebnis der Landtagswahlen

Im DeutschlandTREND Januar 2016 ermittelte Infratest dimap die wichtigsten politischen Themen, um die sich die Bundesregierung im laufenden Jahr kümmern sollte. In einer Zusammenfassung des wichtigsten und zweitwichtigsten Themas stand mit 73% das Themenfeld Flüchtlinge, Asyl, Zuwanderung, Integration an der Spitze. Auf Platz 2 mit einer Differenz von 63 Prozentpunkten erschien mit 10% der Bereich Arbeit/Beschäftigung.

Fasst man die Themensammlung zusammen, stellt sich heraus, dass von den zehn wichtigsten Themenfeldern neben dem Thema Asyl und Flucht folgende Themen durchaus mit Unsicherheit und Befürchtungen besetzt erscheinen:

- Frieden allgemein, in Syrien/Naher Osten etc. (6%)
- EU / Europa / Euro(-krise) / Griechenland (6%)
- Innere Sicherheit / Terror(-gefahr) (4%)
- Deutsches Volk, eigenes Volk/Bürger (4%).

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland insgesamt äußerten sich die von Infratest dimap im Januar 2016 Befragten weiterhin zu mehr als drei Vierteln optimistisch (sehr gut / gut: 79%) gegenüber jedem Fünften (weniger gut / schlecht: 20%). Diese Werte stimmen exakt mit denen aus dem Januar und dem Dezember 2014 überein.

Auch die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage stellte sich Ende des vergangenen Jahres aus Sicht der Befragten positiv dar. Ebenfalls rund drei Viertel der Befragten bewerteten die eigene wirtschaftliche Lage mit 76% als sehr gut / gut und 24% als weniger gut bzw. schlecht.

Diese ökonomisch positive Bewertung hatte jedoch auf die Wahlen des 13. März 2016 keinen dominierenden Einfluss. „It’s the economy, stupid“ – hatte in diesen Landtagswahlen wenig Aussagekraft.

<b>Bedrohung für Deutschland durch die politische Lage in der Welt - Zeitverlauf</b>						
	Aug'14	Sep'14	Okt'14	Jan'15	Dez'15	Jan'16
Sehr bedrohlich / bedrohlich	49	58	62	44	57	58
Wenig bedrohlich / überhaupt nicht bedrohlich	51	41	38	55	42	41
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016						

Überwog im Sommer des Jahres 2014 noch sehr knapp (51:49) das Gefühl, dass die politische Lage in der Welt für Deutschland nicht bedrohlich sei, änderte sich dieses Gefühl im Zeitverlauf des Jahres 2015 bis zum Vorwahlzeitraum. Zwar noch unter dem Höhepunkt im Herbst 2014, als 62% der Deutschen eher skeptisch auf die politische Weltlage schauten, hatte das Bedrohungsgefühl im Januar des laufenden Jahres mit 58% gegenüber dem Beginn des vergangenen Jahres erneut um 14 Prozentpunkte zugenommen.

<b>Bewertung von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung</b>		
	Richtig	Nicht richtig
Gewaltbereiten Islamisten bei einem konkreten Anschlagsverdacht für eine bestimmte Zeit die Annäherung an größere Veranstaltungen verbieten	88	9
Der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bei Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft haben, falls diese noch eine andere Staatsbürgerschaft besitzen	87	9
Eine grundsätzliche Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen	70	27
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016		

Die Ereignisse von Köln trugen dazu bei, diese Verunsicherung zu verstärken, auch wenn Reaktionen, wie das gehäufte Meiden von Menschenansammlungen eher eine temporäre Erscheinung war.

<b>Ereignisse von Köln – Meiden von Menschenansammlungen</b>						
	Gesamt		Männer		Frauen	
	Feb'16	Jan'16	Feb'16	Jan'16	Feb'16	Jan'16
Ja, meide Menschenansammlungen	22	30	19	21	25	37
Nein, meide keine Menschenansammlungen	71	60	75	72	67	49
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016						

Dass angesichts dessen die Flüchtlingspolitik diese Landtagswahlen überstrahlte, gehört zum Gemeingut der Analysen dieses Wahlabends. Die grundsätzliche Dimension geht jedoch weit darüber hinaus.

In einem demnächst erscheinenden Beitrag für die Zeitschrift „Luxemburg“ leuchtet Horst Kahrs diese Dimension aus<sup>17</sup>: Seit der deutschen Vereinigung beschäftigte und veränderte kaum ein Thema wie »die neuen Flüchtlinge und der Islam« das Alltagsbewusstsein. Seit der Brandt'schen Ostpolitik hat keine politische Auseinandersetzung den öffentlichen Raum so spürbar gespalten, so viel Verbitterung und Hass erzeugt wie die heute um den Zuzug von Flüchtlingen. Die Linie verläuft quer zu Milieuzugehörigkeiten und Parteibindungen, Weltanschauungen und Lebensgefühlen, trennt Familien, Freunde, Nachbarschaften und Vereine. Gerungen wird um das vorherrschende Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft und eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung. Auch soziale Fragen werden im Gewand eines Kulturkampfes ausgetragen. Der weitere Verlauf kann mit einer weitgehenden Neuordnung der politischen Kräfte verbunden sein.

Eine gesellschaftspolitische Mehrheitsmeinung, wie das Einwanderungsland Deutschland in Zukunft aussehen soll, konnte sich bislang weder auf einem der beiden Pole noch zwischen ihnen formieren. Eine Verständigung über das Verhältnis von Asyl, verschiedenen Formen der Migration und dauerhafter Einwanderung steht seit Jahren aus. Die jahrelange Austeritätspolitik blockierte nicht nur den Aufbau einer auf Einwanderung ausgerichteten sozialen und öffentlichen Infrastruktur. Sie trug auch maßgeblich dazu bei, dass jede Ausgabe für die soziale Infrastruktur im Zusammenhang mit Flüchtlingen und ihrer Integration von vielen der bereits Ansässigen misstrauisch beäugt und hinterfragt wird: »Warum nicht schon für uns?«

<sup>17</sup> Horst Kahrs 2016, Gesellschaftspolitische Polarisierung – neue Unberechenbarkeit, erscheint in: Luxemburg Heft 1/2016.

Im Umgang mit den Flüchtlingen wurde die mangelnde Fähigkeit der Regierenden zur sinnstiftenden Reduktion von Unübersichtlichkeit und globaler Komplexität in aller Deutlichkeit sichtbar. Bereits seit der Finanzkrise zeitigt der vorherrschende Politikmodus, der komplexe, globale Zusammenhänge in eine medial entsprechend begleitete Abfolge von Einzelkrisen und entsprechende Narrative zerlegt, die jeweils für sich abgehandelt werden, immer mehr kontraproduktive Wirkungen, zuletzt 2015: Gegenüber der griechischen Regierung nutzte die Bundesregierung ihre politökonomische Vormacht, um die Einhaltung verabredeter Regeln und EU-Verträge durchzusetzen – dabei den Gedanken des Wettbewerbs von Volkswirtschaften innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes absolutierend. Der Primat der Austerität entwertete jegliches nichtökonomische Fundament für eine »europäische Solidarität«.

Angesichts der humanitären Katastrophe, die die ungarische Flüchtlingspolitik kurz darauf heraufbeschwor, entschied die Bundesregierung weitgehend im Alleingang, europäische Regelwerke wie das Dublin-II-Abkommen außer Kraft zu setzen. Damit wurde in Rechnung gestellt, dass die Menschen ohnehin schon unterwegs waren. Die Entscheidung hatte aber auch innenpolitische Gründe wie die mediale Dominanz der »Willkommenskultur« nach »Heidenau«. Ferner sollte durch eine deutsche Vorleistung die Tür für eine neue europäische Lösung offengehalten werden, deren notwendige moralische Basis man in der Griechenlandkrise zuvor allerdings verspielt hatte.

Nach dem dschihadistischen Blutbad in Paris solidarisierte sich die deutsche mit der französischen Regierung, zog in den Syrienkrieg und beteiligt sich an der Produktion neuer Fluchtursachen durch Bombardements von Dörfern und Städten, obwohl gerade die »Bekämpfung der Fluchtursachen« ein zentrales Argument gegen die populistische Fremdenabwehr war.

<b>Aufnahme von Flüchtlingen: Akzeptanz verschiedener Fluchtgründe im Zeitverlauf</b>					
	Jan'15	Mai'15	Aug'15	Sep'15	Feb'16
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg geflohen sind	94	93	93	96	94
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden	82	81	80	82	73
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit und Auskommen haben	41	39	28	28	25
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Februar 2016					

Die Erkenntnisse der Wahlforschung des vergangenen Jahres, basierend auf den veröffentlichten Daten des DeutschlandTREND von Infratest dimap aber auch der regionalen LänderTRENDs geben einen Eindruck vom Wandel des öffentlichen Diskurses, der bereits Anfang des Jahres 2015 durch die PEGIDA-Demonstrationen beeinflusst war. Sichtbar wird, wie eine öffentliche Debatte, die sich anfangs an humanitären Grundsätzen orientierte und in Teilen bereit war, legale Wege zur Einwanderung nach Deutschland zu akzeptieren, sich zu einem Abwehrdiskurs im nationalen Sicherheitsstaat wandelt.

<b>Zufriedenheit mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik von Angela Merkel</b>							
Bundesweit	Gesamt	Union	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD
März 2016							
Sehr zufrieden / zufrieden	39	55	44	53	67	29	0
Weniger / gar nicht zufrieden	59	45	53	47	31	71	100
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND							

Im März des laufenden Jahres ist mittlerweile nur noch etwas mehr als ein Drittel mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin sehr zufrieden bzw. zufrieden, während sich knapp zwei Drittel (59%) unzufrieden äußern.

<b>Aussagen zur Großen Koalition im Bund</b>		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Koalitionspartner sollten stärker gemeinsame Lösungen vorantreiben, anstatt Streit in der Öffentlichkeit auszutragen	93	6
Ich finde es gut, dass die CDU sich sehr offensiv gegen die Kanzlerin stellt	45	52
Ich habe den Eindruck, dass die Regierung die Flüchtlingssituation in unserem Land im Griff hat	18	81
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Februar 2016		

Dies muss nicht überraschen, ebenso, dass angesichts bei dem über Wochen hinweg inszenierten Quasi-Bruch der Großen Koalition im Bund, nur noch weniger als jeder fünfte von Infratest dimap befragte Wahlberechtigte im Februar dieses Jahres der Auffassung war, dass die Bundesregierung die Flüchtlingspolitik im Griff hätte (siehe vorstehende Tabelle).

Wenn die Mitglieder des Bundeskabinetts und die die Bundesregierung tragenden Parteivorsitzenden gegenseitig unverantwortliche Politik vorwerfen und die Kanzlerin vom bayerischen Ministerpräsidenten und dem SPD-Parteivorsitzenden in die Zange genommen wird, kann Vertrauen in die Bundesregierung nicht entstehen.

Die Entscheidung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, in dieser Situation größtmögliche Nähe zur Kanzlerin zu betonen, ist angesichts dessen nur nachvollziehbar. Er füllte geschickt diejenige Lücke, die Seehofer und Gabriel gemeinsam frei gemacht hatten.

Diese Rolle konnte Frau Dreyer als SPD-Ministerpräsidentin strukturell nicht in dieser Form wahrnehmen und der CDU-Ministerpräsident Haseloff war dazu nicht bereit.

<b>Parteikompetenzen: Welche Partei bekommt die Flüchtlingssituation am ehesten in Griff?</b>						
Bundesweit (Januar 2016)						
Bundesweit	Gesamt	CDU- Anhänger	SPD- Anhänger	LINKE- Anhänger	Grüne- Anhänger	AfD- Anhänger
CDU	28	60	20	8	27	3
CSU	10	12	4	9	-	29
SPD	13	6	41	7	16	-
Grüne	2	-	1	4	20	1
LINKE	2	-	-	22	-	2
AfD	3	2	-	-	5	31
Keine Partei / weiß nicht	38	19	31	43	28	30
Baden-Württemberg (Februar 2016)						
	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Grüne	22	57	9	24	6	2
CDU	21	11	58	8	30	7
SPD	7	7	-	28	2	-
AfD	7	1	3	2	-	60
FDP	2	1	-	2	23	1
DIE LINKE	2	1	-	-	-	-
Keine Partei / weiß nicht	35	21	29	36	34	27
Rheinland-Pfalz (Februar 2016)						
	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
SPD	28	65	7	42	6	7
CDU	26	9	68	3	27	8
AfD	3	-	1	-	9	52
Grüne	2	1	-	24	5	-
DIE LINKE	1	-	-	-	-	-
FDP	1	-	-	2	13	-
Keine Partei / weiß nicht	36	23	23	26	36	32
Sachsen-Anhalt						
	Gesamt	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD
März 2016						
CDU	27	73	9	21	12	8
SPD	9	1	5	41	28	-
LINKE	4	-	22	-	10	-
Grüne	1	-	-	-	7	-
FDP	1	-	-	-	-	2
AfD	7	2	-	-	-	46
Keine Partei / weiß nicht	48	24	62	37	43	43
Quelle: Infratest dimap LänderTREND / DeutschlandTREND						



Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz hatten sich die CDU-Herausforderer/-in gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin gestellt und damit versucht Punkte im Wahlkampf zu erzielen. Diese Strategie wurde von den Wahlberechtigten nicht honoriert.

<b>Bewertung der Äußerungen von CDU-Spitzenkandidaten zur Flüchtlingspolitik Merkels</b>						
Guido Wolfs (CDU) Stellungnahme gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik						
BaWü	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Richtig	41	24	31	36	41	83
Nicht richtig	51	71	59	57	56	14
Julia Klöckners (CDU) Abgrenzung zu Angela Merkels Flüchtlingspolitik						
Rheinland-Pfalz	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Richtig	41	22	45	23	61	79
Nicht richtig	48	74	42	72	33	13
Quelle: Infratest dimap LänderTREND						

Unterschied zwischen Baden-Württemberg und Rheinland besteht darin, dass die Anhänger/-innen der Union in Baden-Württemberg die Stellungnahme des CDU-Spitzenkandidaten gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu mehr als 59% als nicht richtig einschätzen, während rund ein Drittel der Stellungnahme zustimmt. In Rheinland-Pfalz ist die CDU-Anhängerschaft mit der Abgrenzung der Spitzenkandidatin gegenüber der Kanzlerin mit relativer Mehrheit einverstanden, wenngleich sich Zustimmung und Ablehnung im Wesentlichen die Waage halten.

<b>Wie gut haben Regierung und Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation im Griff</b>								
Baden-Württemberg (Februar 2016)								
BaWü	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD		
Sehr gut / gut im Griff	42	53	52	49	49	14		
Weniger gut / gar nicht im Griff	53	42	45	43	45	85		
Rheinland-Pfalz (Februar 2016)								
Rheinland-Pfalz	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD		
Sehr zufrieden / zufrieden	46	66	51	65	31	1		
Weniger / gar nicht zufrieden	50	33	46	34	68	98		
Sachsen-Anhalt (Februar 2016)								
Sachsen-Anhalt	Gesamt	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD	Nichtwähler	Unentschiedene
Sehr gut / gut im Griff	35	39	48	49	41	16	28	28
Weniger gut / gar nicht im Griff	54	49	44	48	57	78	48	61
Quelle: Infratest dimap LänderTREND								

Eine Betrachtung der Erhebungen von Infratest dimap über das vergangene Jahr hinweg zeigen, dass die Akzeptanz ökonomisch motivierter Flucht sukzessive abgenommen hat. Im Januar 2015 vertraten noch 41% der Befragten die Meinung, dass es richtig sein, dass Deutschland Flüchtlinge aufnimmt, die geflohen sind, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben (Ablehnung: 55%). Im Mai 2015 hatte sich dieser Wert auf 39% reduziert (Ablehnung: 54%) und sank bis August 2015 auf 38% ab (Ablehnung: 69%). Bis Februar 2016 sank der Wert noch einmal auf 25% (Ablehnung 71%) ab. Bei den AfD-Anhänger/-innen beträgt der Zustimmungswert 5%, während mehr als 90% wirtschaftliche Fluchtgründe für nicht akzeptabel halten.

Die nachstehende Zusammenstellung von Bewertungen der Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik zeigen in relevantem Maße die Veränderungen des politischen Diskurses über den Umgang mit Flüchtlingen. Spielten in den Monaten Oktober und November 2015 noch Fragestellungen der Integration („Mehr Geld für die bessere Integration“, „Schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge“) eine Rolle bzw. wurden Themen wie die Schaffung legaler Möglichkeiten zur Einreise nach Europa thematisiert und mehrheitlich befürwortet, verschob sich die Debatte ab Ende des Jahres und in den wahlentscheidenden ersten Monaten des laufenden Jahres in Richtung Abschottung und Kriminalisierung von Flüchtlingen. Dass diese Verschiebung des politischen Diskurses und nicht die Fortführung einer bis heute mehrheitlich begrüßten Flüchtlingspolitik der Kanzlerin die Funktion des Steigbügelhalters der AfD in diesen Landtagswahlen erfüllte, lässt sich weitgehend mühelos belegen.

<b>Bewertungen der Maßnahmen der Flüchtlingspolitik</b>		
	Richtig	Nicht richtig
<b>März 2016</b>		
Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	63	33
Einsatz der NATO in der Ägäis, der verhindern soll, dass Flüchtlinge über das Meer von der Türkei nach Griechenland kommen	51	43
Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	49	49
<b>Februar 2016</b>		
Kürzungen von Sozialleistungen für Flüchtlinge, die sich nicht registrieren lassen wollen	88	10
Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer einstufen, in die Flüchtlinge schneller zurückgeschickt werden können	78	13
Die Einrichtung von Zentren an der Grenze, um Flüchtlinge ohne Asylanspruch direkt zurückweisen zu können	77	19
Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	63	33
Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	53	42
Zwei Jahre kein Familiennachzug u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge	44	49
<b>Januar 2016</b>		
Die Einführung eines Gesetzes, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet	75	20
Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	61	36
Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	57	41
<b>Bewertungen der Maßnahmen der Flüchtlingspolitik (Fortsetzung)</b>		

Die Verweigerung der Einreise von Flüchtlingen, die keine gültigen Ausweispapiere besitzen	51	44
<b>November 2015</b>		
Die Einführung eines Gesetzes, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet	75	19
Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	71	26
Die Einrichtung von Transitzonen an der Grenze, um Flüchtlinge ohne Asylanspruch direkt zurückweisen zu können	69	26
Mehr Geld für die bessere Integration von Flüchtlingen bereitstellen	63	33
Zwei Jahre kein Familiennachzug u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge	36	56
Den Bau eines Zaunes an der Grenze zu Österreich	17	78
<b>Oktober 2015</b>		
Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer einstufen, in die Flüchtlinge schneller zurückgeschickt werden können	80	14
Einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge schaffen	79	17
Die Einführung eines Gesetzes, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet	77	18
Legale Möglichkeiten zur Einreise nach Europa schaffen	76	19
Sachleistungen statt Geldleistungen	71	21
<b>September 2015</b>		
Konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern	79	15
Sachleistungen statt Geldleistungen	72	21
Kürzungen von Leistungen an die Asylsuchenden	32	54
Verteilung der Flüchtlinge nach einer Quote auf die 28 EU-Mitgliedsländer	92	6
Legale Möglichkeiten zur Einreise nach Europa schaffen	85	12
Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	45	52
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND		

Zuletzt im August 2015 hatte Infratest dimap die Haltung der Wahlberechtigten zu einem Einwanderungsgesetz veröffentlicht. Die Frage lautete: „Im Zuge des Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland wird über ein Einwanderungsgesetz diskutiert, das Zuwanderung nach Deutschland umfassend regeln soll.“

Befürworter sind der Meinung, dass man Zuwanderung so vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels steuern und auch Flüchtlingen den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtern könnte. Kritiker halten den bestehenden gesetzlichen Rahmen für ausreichend und glauben, dass mit einer solchen Gesetz zusätzliche Anreize für Zuwanderung geschaffen werden.“

Gefragt, ob die Befragten für oder gegen ein solches Einwanderungsgesetz seien, antworteten sich zum damaligen Zeitpunkt 63% für ein solches Einwanderungsgesetz, während 27% ein solches Gesetz ablehnten.

Es hätte also durchaus Möglichkeiten auch für die Sozialdemokratie gegeben, mit einer positiven Haltung für ein Einwanderungsgesetz und einen aktivierenden Staat, der Integrationspolitik ernst nimmt, gegenüber der in sich zerstrittenen Merkel-CDU zu punkten.

<b>Bewertungen der Maßnahmen der Flüchtlingspolitik - Zeitverlauf</b>						
Finde ich richtig...	Sep'15	Okt'15	Nov'15	Dez'15	Jan'16	Feb'16
...Einrichtung von Grenzzentren / Transitzonen	-	65	69	-	-	77
...Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	-	-	71	72	61	63
... Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	45	-	-	-	57	53
...Aussetzung des Familiennachzugs u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge	-	-	36	46	-	44
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Februar 2016						

Stattdessen zeigt ein Vergleich der Daten aus dem Februar 2016 mit den, in den Vormonaten erhobenen Daten, wie stark die Popularisierung einiger vermeintlicher Lösungswege die öffentliche Meinung bewegte bzw. inwieweit eine rationale Debatte über die Folgen einzelner Forderungen (z.B. Begrenzung des Familiennachzugs) ebenfalls Wirkungen in der öffentlichen Meinung hinterließ.

Die Zustimmung zur Forderung nach Einrichtung von Abschiebezentren an der Grenze nahm bei den von Infratest dimap Befragten zwischen November 2015 und Februar 2016 um 8 Prozentpunkte zu, die Zustimmung zu nationalen Obergrenzen nahm gegenüber Januar 2016 um 2 Prozentpunkte zu. Abgenommen hatte hingegen um 4 Prozentpunkte gegenüber Januar 2016 die Zustimmung zur Forderung nach Wiedereinführung von EU-Grenzkontrollen und um 2 Prozentpunkte die Zustimmung zur Begrenzung des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge.

In ähnlicher Form nahmen – im Geleitzug eines Obergrenzen- und Abschottungsdiskurses – die Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland zu.

<b>Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland</b>		
Ich habe Sorgen, dass...	Ja	Nein
...die Kriminalität in Deutschland ansteigen wird	60	39
...die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird	57	42
...der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird	50	47
...sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändern wird	47	51
...die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigen wird	27	71
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND März 2016		

<b>Zuwanderung: Eher Vor- oder Nachteile für Deutschland?</b>							
Bundesweit	Gesamt	Union	SPD	LINKE	Grüne	AfD	Nichtwähler
Eher Vorteile	38	43	49	62	71	0	24
Eher Nachteile	41	34	30	23	14	94	64
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016							

<b>Zuwanderung: Eher Vor- oder Nachteile für Deutschland? West-/Ost-Vergleich</b>								
Zuwanderung hat eher Vorteile			Zuwanderung hat eher Nachteile			Spontan: sowohl als auch / beides / weder noch		
Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
45	48	34	33	29	45	18	17	15
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND September 2015								

Die Daten zeigen, dass im Bundesvergleich die Skepsis gegenüber der Flüchtlingszuwanderung in Ostdeutschland bereits im Herbst des vergangenen Jahres signifikant stärker ausgeprägt war. Vorteile sahen in Ostdeutschland durch die Zuwanderung nur ein knappes Drittel der Wahlberechtigten, während in Westdeutschland annähernd jeder Zweite zu diesem Zeitpunkt diese Auffassung vertrat.

Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei der Frage im August 2015, ob Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, genauso viele wie zum damaligen Zeitpunkt oder weniger. Bundesweit sprachen sich gegenüber Januar 2015 im August 9% weniger Befragte für eine Steigerung der Flüchtlingsaufnahmezahlen aus (August: 23%, Januar: 30%). Die Zahl derjenigen, die dafür plädierten, weniger Flüchtlinge aufzunehmen, hatte sich gegenüber Januar 2015 von 55% auf 38% (-17%) reduziert. In Ostdeutschland plädierte damals bereits fast jeder Zweite für die Reduktion der Flüchtlingszahlen. Durchaus mit dem Argument, dass eine zu große Zahl von Flüchtlingen eine Überforderung staatlicher Integrationspolitik darstellen könnte.

<b>Aufnahme von Flüchtlingen West-/Ost-Vergleich</b>								
Mehr Flüchtlinge aufnehmen			Genauso viele Flüchtlinge aufnehmen wie derzeit			Weniger Flüchtlinge aufnehmen		
Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
23	24	17	34	36	29	38	35	47
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND August 2015								

Im Vergleich zum DeutschlandTREND von September 2015 sank bis März 2016 der Anteil derjenigen Befragten, die sich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge schämten um 4 Prozentpunkte ab, gleichzeitig sank um 6 Prozentpunkte der Anteil derjenigen, die der Auffassung waren, dass Flüchtlinge und Migrant/-innen behördlich ausreichend vor fremdenfeindlichen Übergriffen geschützt sind.

<b>Einstellung zu fremdenfeindlichen Übergriffen und Protesten gegen Flüchtlinge</b>		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
<b>März 2016</b>		
Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge	83	15
Politiker sollten die Übergriffe gegenüber Flüchtlingen stärker verurteilen	76	21
Die Behörden tun genug, um Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen	34	58

<b>Einstellung zu fremdenfeindlichen Übergriffen und Protesten gegen Flüchtlinge</b>		
März 2016		
Ich finde es gut, dass sich Privatleute vor Ort für Flüchtlinge engagieren	95	4
Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge	87	11
Die Politik in Deutschland kümmert sich angemessen um die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge	45	50
Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge zu uns kommen	38	59
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND		

Insgesamt zeigt jedoch auch dieser Vergleich, wie sich das politische Stimmungsbild vom öffentlichen Interesse an der Situation der Flüchtlinge und der Befürwortung von zivilgesellschaftlichem Engagement für Flüchtlinge vor Ort, dass sich nicht zuletzt aus Skepsis gegenüber ausreichendem behördlichen Erstaufnahmemanagement speiste, zur Debatte darum, ob die Behörden die Flüchtlinge ausreichend vor fremdenfeindlichen Übergriffen schützen.

Bestürzen muss, dass bereits im September 2015 im gesamten Bundesgebiet nur 40% der Befragten die Auffassung vertraten, die Behörden würden Flüchtlinge nicht genug vor fremdenfeindlichen Übergriffen schützen, während jeder Zweite (50%) dies verneinte. Im Ost-West-Vergleich waren die Ostdeutschen gegenüber dem behördlichen Sicherheitsmanagement skeptischer als im Westen (Behörden tun genug: 41% (West) : 36% (Ost); Behörden tun nicht genug: 49% (West) : 55% (Ost)).

<b>Aussagen zum Thema Flüchtlinge</b>		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Ich glaube, dass Flüchtlinge perspektivisch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden	56	40
Es macht mir Angst, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen	50	48
Ich empfinde Flüchtlinge als eine Bereicherung für das Leben in Deutschland	46	48
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND November 2015		

In den Monaten ab September 2015 hatte Infratest dimap im DeutschlandTREND die Frage gestellt, ob die Befragten Angst davor haben, dass viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Im Zeitraum zwischen September und Oktober nahm die Zustimmung zu dieser Aussage von 38% im September auf 51% im Oktober 2015 zu.

Im November 2015 fragte Infratest dimap diejenigen 50%, die sich eher zustimmend zur Furcht vor dem Flüchtlingsstrom äußerten, was ihnen genau Angst mache. Dazu wurden bestimmte Antwortoptionen vorgeschlagen, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt sind.

Auch wenn 79% der von Infratest dimap Befragten die Auffassung vertreten, dass die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch eine größere Zahl von Flüchtlingen verstärkt wird und knapp 53% der Befragten den Wohlstand in Deutschland insgesamt bedroht sahen, kann und sollte die Antwort eines verantwortlichen Politikers der Linkspartei, wie dem saarländischen Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine, nicht darin bestehen, die aktuelle Flüchtlingspolitik wenige Tage vor den Landtagswahlen zu kritisieren, um als Sozialpopulist auf der

AfD-Welle zu reiten<sup>18</sup>. Es ist dies im Wesentlichen die Wiederholung seiner Aussage von 2005 als er in Chemnitz formulierte: "weil der Staat verpflichtet sei, seine Bürger zu schützen, müsse er verhindern, 'daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen'."

<b>Gründe für Angst, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen</b>	
	Ja, befürchte ich
Rechte Parteien gewinnen an Zulauf	87
Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt	85
Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wird größer	79
Die Kosten für Unterbringung und Versorgung sind zu hoch	78
Der Einfluss des Islam in Deutschland wird zu stark	78
Die Zahl der Straftaten nimmt zu	76
Die Terrorgefahr in Deutschland steigt	75
Der Einfluss fremder Kulturen in Deutschland wird zu stark	69
Der Wohlstand in Deutschland wird bedroht	53
Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird größer	49
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND November 2015	

Stattdessen geht es darum, unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeitspolitik die Rahmenbedingungen von Wohnungs- und Immobilienspekulation zu benennen, die seit Jahren für unbezahlbaren Wohnraum in den Innenstädten sorgen. Also statt Spaltung eher Solidarität in der Klasse in den Mittelpunkt des politischen Agierens zu stellen und damit dem Lebensgefühl und politischen Bewusstsein derjenigen Linkspartei-Anhänger/-innen zu sein, die – wie die hier dargelegten Daten zeigen – trotz Befürchtungen in relevanter Mehrheit die aktuelle Flüchtlingspolitik unterstützen.

Auch Horst Kahrs greift diesen Gedanken im bereits erwähnten in Kürze erscheinenden Beitrag für die Zeitschrift Luxemburg auf: Die Verlockungen des Populismus und Völkischen machen allen Parteien zu schaffen, auch der Linkspartei. Lange Zeit wurde die Haltung »offene Grenzen für Menschen in Not« von etlichen Anhängern nicht geteilt, aber diese Haltung war nicht wahlentscheidend. Seit 2013 ist dies anders, seit eine politische Partei die Flüchtlingsfrage als Frage der sozialen Gerechtigkeit in Gestalt von Etabliertenvorrechten deutet. Bedenkenswert ist, was diese Abwendung verarbeitet: Seit ihrer Existenz kämpft DIE LINKE für andere Verteilungsverhältnisse, für eine »Umverteilung von oben nach unten«, aber in den Augen vieler ohne den versprochenen beziehungsweise erhofften Erfolg. Wer sich in seinen eigenen sozialstaatlichen Ansprüchen durch Fremde bedroht sieht, wird daher angesichts der angenommenen Machtlosigkeit der linken Kräfte nicht unbedingt darauf setzen, dass ausgerechnet jetzt die Umkehr der Verteilungsströme gelingt. In Ländern wie Polen und Ungarn hat die nationale soziale Frage inzwischen eine politische Heimat bei den Populisten und Völkischen gefunden. Sozialstaatlicher Nationalismus ist keine linke Perspektive.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu entwickeln, hieße mehreren Anforderungen gerecht werden zu müssen: Es sollte eine schlüssige und handlungsmächtige Deutung der sozialen Frage als Frage globaler Gerechtigkeit, des gleichen Rechts auf Glück geben. Die Trennung zwischen »sozialer« und »kultureller« Linker sollte überwunden werden, da soziale Fragen immer auch Fragen der Lebensweise sind, des gelebten Respekts vor Gleichheit und Aufklärung. Die Vorstellung eines demokratischen Sozialstaates sollte nationalstaatliche Grenzen nicht zur Existenzbedingung haben.

<sup>18</sup> Vgl. dazu bereits die Kritik des Autors an früheren Aussagen Oskar Lafontaines in: Hoff 2013, Die AfD ist rechts, wir sind links, Quelle: <http://www.benjamin-hoff.de/article/3790.die-afd-ist-rechts-wir-sind-links-bernd-riexinger.html>

### »Wahlrechtberichte«

Die »Wahlrechtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 in loser Folge zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die Autoren geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Ältere Ausgaben der Wahlrechtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

<http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>;  
<https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

### Autoren

*Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und seit 2014 Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Staatskanzlei beim Freistaat Thüringen. Zuletzt erschien von ihm beim Hamburger VSA-Verlag „die linke: partei neuen typs? milieus-strömungen-parteireform“. Kontakt: [benjamin.hoff@sussex.ac.uk](mailto:benjamin.hoff@sussex.ac.uk)

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot.. Kontakt: [kahrs@rosalux.de](mailto:kahrs@rosalux.de)

Andreas Stahl studiert in Trier Philosophie, Politikwissenschaften und Soziologie. Er interessiert sich innerhalb und außerhalb des Studiums für kritische, linke Gesellschaftsanalyse und betreibt mit Anderen die Website [www.rosasalon.de](http://www.rosasalon.de)

### Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlrecht vom 13./14. März 2016 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.